Binn: ARBEIT – GELDORDNUNG – STAATSFINANZEN
Zur Re-Organisation der Volkswirtschaft

ARBEIT
GELDORDNUNG
STAATSFINANZEN

Zur Re-Organisation der Volkswirtschaft

Prof. Dr. Felix G. Binn,
Mönchengladbach

GAUKE
FACHVERLAG FÜR
SOZIALÖKONOMIE

Diese Arbeit ist die erweiterte Fassung des Schlußvortrags im Internationalen Wirtschaftspolitischen Kongreß vom 12. – 15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol zum gleichlautenden Kongreßthema.

Die INTERNATIONALE VEREINIGUNG FÜR NATÜRLICHE WIRTSCHAFTSORDNUNG – INWO – und die Stadt WÖRGL veranstalten diesen Kongreß anläßlich der 50. Wiederkehr des Wörgler Freigeldversuchs unter Bürgermeister Michael Unterguggenberger zur Zeit der Weltwirtschaftskrise 1932/33.

Die derzeit eingeführten „Arbeitswertscheine" hatten erheblichen wirtschaftspolitischen Erfolg für die ganze Region und fanden weltweites Echo.

Mit der Begründung, das Notenmonopol der Zentralbank sei verletzt, wurde der Versuch auf dem Rechtsweg untersagt.

Mit dieser Darstellung soll versucht werden, allgemeine Wirtschaftsprinzipien aus der damaligen Zeit auf die heutige zu übertragen.

Mönchengladbach, im März 1983

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Binn, Felix G.:
Arbeit, Geldordnung, Staatsfinanzen: zur Reorganisation d. Volkswirtschaft ; [erw. Fassung d. Schlussvortrags im Internat. Wirtschaftspolit. Kongress vom 12. – 15. Mai 1983 in Wörgl/Tirol] / Felix G. Binn. – Hannoversch Münden : Gauke, Fachverlag für Sozialökonomie, 1983.
ISBN 3-87998-404-2

1983 – Gauke GmbH –
Fachverlag für Sozialökonomie
Postfach 1129, 3510 Hann.-Münden 1

Herstellung: kahmannsatz
Fotosatz Kahmann GmbH
4300 Essen 18 Kettwig

ISBN 3-87998-404-2

Inhalt

Seite

Verzeichnis der Darstellungen und Abbildungen 6

Vorwort 7

1.0. Die Problematik 8

2.0. Drei Modelle für Wirtschaftspolitik 10
2.1. Gemeinsamkeiten 11
2.2. Besonderheiten 13
2.3. Ergebnis 14

3.0. Welche Bereiche müßte ein volkswirtschaftliches Programm berücksichtigen? 15
3.1. Die Absicherung des außenwirtschaftlichen Bereichs 15
3.2. Der Bereich des Umweltschutzes 16
3.3. Das neue Steuersystem 16
3.4. Die überholte Unternehmensverfassung 17
3.5. Die Berücksichtigung der Rentabilität 20
3.5.1. Löhne oder Rentabilität? 21
3.5.2. Rentabilitätsgrenze und unternehmerische Kostenrechnung 23
3.5.3. Der Einfluß des Zinsmechanismus auf das Verteilungs- und Wachstumsproblem 26
3.5.4. Legitime Rentabilität und ihre Grenzgebiete 29
3.6. Aussagen zur Stabilisierung der Währung 31
3.6.1. Für oder gegen Inflation? 31
3.6.2. Bargeldmengensteuerung 34
3.6.3. Geldstromregulierung 36
3.6.4. Die Summe der Ansätze wirkt auf den Arbeitsmarkt 38
3.7. Die Verstetigung der Endnachfrage 38
3.8. Der Staatshaushalt: Schuldendienst oder Sozialaufwand? 43

4.0. Das neue Konzept der kreislauforientierten Wirtschaftspolitik 48
4.1. Das Erhebungsverfahren 49
4.2. Das Minimalkonzept und seine Erweiterung 50
4.3. Das Maximalkonzept 52
4.4. Die Mittelverwendung 52
4.5. Die Wirkungen 52
4.5.1. auf das Steuerobjekt 52
4.5.2. auf die Volkswirtschaft 54
4.5.3. betriebswirtschaftliche Auswirkungen 57

5.0. Die wirtschaftstheoretische Einordnung des neuen Konzepts 58
5.1. Angebots- oder Nachfrageorientierung? 58
5.2. Der wirtschaftshistorische Hintergrund des neuen Konzepts 61

6.0. Fragen und Erläuterungen 63

Übersicht der Abbildungen

Abbildung	Nr.	Seite
Das magische Viereck und seine Veränderung in zwei Dekaden	1	8
Drei Alternativen für die Sonderabgabe	2	10
Berg- und Talfahrt der Konjunktur	2 a	13
Wirkungen der Staatstätigkeit im Konjunkturverlauf	3	14
Die automatische Veränderung des Verteilungsverhältnisses durch den Zinsmechanismus ohne Wirtschaftswachstum	4	26
wie Darst. 4 mit einem Wirtschaftswachstum von 3%	5	27
Der Zusammenhang zwischen Bargeldmenge, Inflation und Wirtschaftswachstum am Beispiel der Schweiz	6	35
Auftragseingänge, Geschäftsklima und Konsumklima-Index 1969–1983	7	41
Angebots- und Nachfrageorientierung in der Wirtschaftstheorie	8	58

Übersicht der Darstellungen

Darstellung	Nr.	Seite
Kapitalverwendung und Kapitalertrag	1	20
Differenzierter Preisverfall von 1950–1981	2	22
Gewinn- und Verlustrechnung mit gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen	3	24
Legitime Rentabilität und ihre Grenzgebiete	4	29
Differenzierte Preisindices 1981, bezogen auf 1950 = 100	5	32
Die reale Güter-Ersparnisbildung 1950–1981	6	44
Politische Wahlmöglichkeiten für eine unterschiedliche Belastung der Zahlungsmittel	7	50
Unterschiedliche Einkommensbelastung bei 2000,– DM monatlichem Nettoeinkommen	8	53
Von der Instabilität zur Konstanz der Nachfrage	9	55
Die Primärwirkung einer Geldsteuer auf den Wirtschaftskreislauf	10	56

Vorwort

Diese Untersuchung geht von den Problemen ökonomischer Art in unserer Volkswirtschaft aus. Sie sind derart umfangreich und sozial bedrükkend, daß der Bestand des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf dem Spiele steht.

Der Bestand unseres Systems ist gefährdet

Natürlich schauen wir dieser Entwicklung nicht konzeptions- und tatenlos zu. Die künftige Wirtschaftspolitik wird sich an einem der drei vorliegenden Konjunkturhilfsprogrammen orientieren. Sie sollen einer kritischen Würdigung unterzogen werden: über eine Untersuchung der Wirtschaftslage mögen ihre Stärken und Schwächen zum Vorschein kommen.

drei Sanierungsprogramme

Den bereits vorliegenden Plänen wird eine weniger orthodoxe Betrachtung hinzugefügt. Über sie gelangt man zumindest zu ungewohnten, aber auch umfangreicheren Wirkungen auf den Wirtschaftskreislauf.

und ein weiteres

Die Ausführungen mögen als Beitrag zur Diskussion verstanden werden. Sie erheben weder den Anspruch, die Arbeitslosigkeit vollständig beseitigen zu können, noch das ökonomische Schlaraffenland zu begründen. Wohl könnten sie langfristig gesundere Strukturen im Leistungs- und Sozialbereich der Volkswirtschaft hervorrufen.

zur Diskussion gestellt

1.0. Die Problematik

Der Kaiser schlief schlecht.
Die Zeiten waren vorüber, von denen bei den Klassikern steht:
Sie sind glücklich. Die Regierenden haben nichts zu tun. *(B. Brecht: Vier Reisen)*

Vier „magische" Schwierigkeiten

Allgemein anerkannt wird in der Volkswirtschaftslehre das „magische Viereck" als die kürzeste Umschreibung unserer Schwierigkeiten angesehen. Der Begriff „magisch" deutet an, daß wir die vier in Abb. 1 erwähnten Bereiche nicht – oder nicht gleichzeitig – ordnen können. Fast nie wird die wichtige Randbedingung erwähnt: rebus sic stantibus, oder: Wenn wir die Grundbedingungen so lassen, wie sie sind!

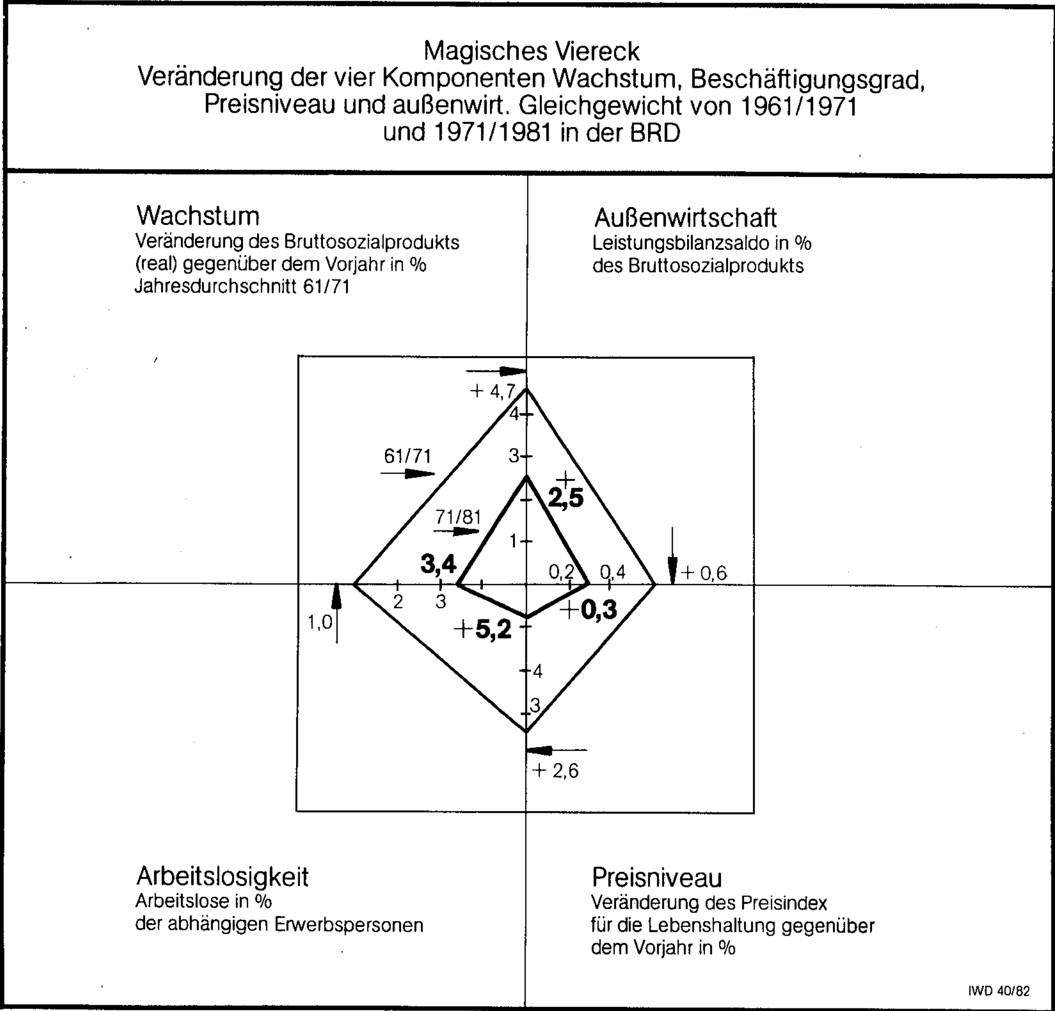


Abb. 1

Bereits aus Abb. 1 ergibt sich, welche Vergrößerung der Schwierigkeiten wir in den letzten Jahren hinnehmen mußten! Erweitert man aber das Viereck um zwei weitere Ecken, die auch zunehmend problematischer werden, dann muß man nach dem Stellenwert dieser „Grundbedingungen" im Verhältnis zu den Opfern fragen, die sie anscheinend verlangen.

können leicht um zwei vermehrt werden

Mit den etwas blutleeren Wissenschaftsbegriffen mag nicht jeder etwas anfangen können. Das magische Sechseck

- Vollbeschäftigung
- Wachstum
- Geldwertstabilität
- Umweltverbesserung
- marktwirtschaftliche Spielregeln
- Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

gewinnt an Begriffsnähe, wenn wir in den wirtschaftlichen Alltag gehen. Dort sticht ins Auge

- über 10% Arbeitslosigkeit,
- zu einem Viertel bis einem Drittel nicht genutzte Maschinen und Anlagen,
- eine Staatsverschuldung von über 600 Mrd. DM,
- wachsender Abbau nicht nur der Sozialimitation, sondern auch der aus Sozialverantwortung begründeten Leistungen.

Vom „magischen Dreieck" über das magische Sechseck

Angesichts der Probleme ist die Neigung der Politiker verständlich, sich auf das Wesentliche zu beschränken. Das frühere „magische Dreieck" wurde von der Wissenschaft vervollständigt auf das Vier- und das Sechseck, vom ehemaligen Bundeskanzler Schmidt stammt die Zurückführung auf die politisch zunächst wichtigsten Übel: Inflation und Arbeitslosigkeit. Er entschied sich gleich, die Arbeitslosigkeit müsse mit Vorrang bekämpft werden, womit wir beim magischen Punkt angelangt sind.

zum magischen Punkt: Arbeitslosigkeit

Dieser Punkt ist recht kompliziert zusammengesetzt.

Definition

„Es gibt vier Hauptarten der (unfreiwilligen) Arbeitslosigkeit:
1. die friktionelle oder vorübergehende,
2. die strukturelle oder technologische,
3. die institutionelle,
4. die allgemeine, depressionsbedingte."[1])

Ohne die Bedeutung dieser Phänomenologie schmälern zu wollen, wird hier definiert, daß Arbeitslosigkeit vorliegt, wenn jemand, der arbeiten will und dazu die Voraussetzungen mitbringt, dies nicht darf. Dabei ist die Höhe des anerkannten Prozentsatzes, von welchem ab man überhaupt von Arbeitslosigkeit spricht (4–5%), ohne Bedeutung.

1) G. Haberler: Wirtschaftswachstum und Stabilität, Zürich 1975, S. 96

2.0. Drei Modelle für Wirtschaftspolitik

Der Kaiser schlief schlecht... „In einem ganz gesunden Körper", pflegte er zu sagen, „entstehen überhaupt keine Gedanken."
(B. Brecht: Vier Reisen)

In Abbildung 2 sind die zur Zeit bekanntesten Wirtschaftsförderungsmodelle beschrieben und einander gegenübergestellt. Inzwischen vorgenommene Änderungen dürften allenfalls periphär wirken; es ist kaum anzunehmen, daß eine Drehung um 180° vorgenommen wird.

Sonderabgabe: Drei Alternativen	Vorschlag Bundesregierung: **Investitionshilfeabgabe**	Vorschlag SPD-Fraktion: **Ergänzungsabgabe**	Vorschlag Sachverständigenrat: **Beschäftigungsabgabe**
Finanzierungsziel	● Förderung der Investitionen im Wohnungsbau und in ● der gewerblichen Wirtschaft	● Beschäftigungsprogramm und ● verteilungspolitischer Solidarbeitrag	● Förderung gewerblicher Investitionen
Abgabe	● 5 Prozent der Lohn/Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer	● 5 Prozent der Lohn/Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer ● Hessen-Entwurf: 3 Prozent	● 5 Prozent der Lohn/Einkommen- bzw. Körperschaftsteuer
Bemessungsgrenze	● ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 50 000 DM (Ledige) bzw. 100 000 (Verheiratete)	● ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 50 000 DM (Ledige) bzw. 100 000 (Verheiratete)	● ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 20 000 DM (Ledige) bzw. 40 000 DM (Verheiratete)
Aufkommen 1)	● 2,5 Milliarden DM in 1983/84	● 2,7 Milliarden DM in 1983	● rund 10 Milliarden DM 2) im ersten Jahr
Laufzeit	● Erhebungszeitraum 1983–84 ● Rückzahlungszeitraum 1987–89 ● keine Verzinsung	● Erhebungszeitraum 1983–85 ● nicht rückzahlbar	● ab 1983 für mehrere Jahre ● rückzahlbar ● unverzinslich
Umgehungsmöglichkeit der Abgabe	● bei 5facher Investitionssumme der Abgabenhöhe	● bei 50facher Investitionssumme der Abgabenhöhe ● Hessen-Entwurf: keine	● keine
Nachteile	● komplizierte Ausgestaltung	● konjunkturelle Wirkung ungewiß ● Verteilung nach Gießkannenprinzip	● praxisfremde Erhebung durch ● Steuergutscheine
Vorteile	● hohe Investitionswirksamkeit durch Multiplikatoreffekt	● höheres Steueraufkommen	● hohe konjunkturelle Wirksamkeit

1) nach Abzug der von der Abgabe befreienden Investitionsausgaben; 2) einschließlich Subentionskürzungen

Abb. 2 Quelle: Institut der Deutschen Wirtschaft (IWD): Informationsdienst Nr. 46/1982, Köln

2.1. Gemeinsamkeiten

Gemeinsam ist allen Vorstellungen die Ansicht, was nicht individuell privat lösbar sei, könne mit Hilfe der Allgemeinheit bewältigt werden. Dabei spielt der Solidareffekt mit seiner angestrebten Hilfe von „Reich für Arm" eine beherrschende Rolle.

Solidareffekt
Konsumrückgang

Sozialpolitische Vorteile können jedoch in anderen Bereichen nachteilige Wirkungen erzeugen. Der Deutsche Einzelhandelsverband befürchtet z. B. einen Verbrauchsrückgang von 20 Mrd. DM zusätzlich zu den bisherigen Einbußen.[1])

Alle Programme entziehen Geldmittel aus dem dringend zu stützenden Bereich des Konsums. Der Letztverbrauch ist eine der Hauptsäulen für die Produktion, meinte schon Adam Smith in etwas abgeänderter Form. Mit der Zwangsabgabe sägen wir an einem tragenden Pfeiler der Volkswirtschaft.

Versickerungen

Weiterhin ist anzumerken, daß befreiende Investitionen (außer bei SVR) und Umgehungsstrategien das Aufkommen mindern werden, von dem Teil ganz zu schweigen, der im Verwaltungsapparat versickert.

Erhöhung der Rentabilität

Gemeinsam ist ferner allen Vorstellungen, daß die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (GlfK) eine Förderung erfahren müsse, sei es nun über den künstlich rentabel gemachten Wohnungsbau (CDU), über die künstliche Rentabilität nach dem Gießkannenprinzip (SVR) oder über die künstliche Rentabilität der Arbeit durch die SPD, die hierzu allen Grund hat, weil sie zuvor maßgeblich am Gegenteil mitgewirkt hat.

Ordnungspolitisches Mißtrauen:

Gegen alle Maßnahmen, die nicht aus den marktwirtschaftlichen Gestaltungs- und Selbstheilungskräften erwachsen, ist ordnungspolitisches Mißtrauen angebracht.

überall „regulierte Märkte" führen zur

So klagt der „Kronenberger Kreis"[2]) zu Recht über „regulierte Märkte". Wir finden sie im Wohnungs-, Verkehrs- und Bildungswesen, in Landwirtschaft, Post und Energiewirtschaft.

Staatswirtschaft mit marktwirtschaftlichen Restbeständen

Das Ansteigen der Staatsquote bald auf über 50 % zeigt deutlich, daß wir uns einer Staatswirtschaft mit marktwirtschaftlichen Resten nähern.

dank Keynes'scher Theorie

Mit der Übernahme *Keynes*'scher Ansichten und Methoden holten wir uns den Spaltpilz für private Märkte in die Volkswirtschaften. *Keynes* zählte zu den Begründern der Fabianistischen Ideologie, deren erklärtes und veröffentlichtes Ziel es ist, die private Wirtschaft und das marktwirtschaftliche Prinzip in einem langen Marsch zu

---

1) Handelsblatt v. 18. 12. 82: Hoffnung auf ein besseres Konsumklima, S. 15

2) Ludw.-Erhard-Stiftung: Mehr Mut zum Markt, ersch. i. DIE WELT v. 21. 2. 83

ersetzen durch die Grundsätze des Staatssozialismus.

Graduelle Unterschiede in den Programmen der Parteien

Tatsächlich ist die Privatwirtschaft in allen westlichen Volkswirtschaften auf dem Rückzug. Nicht verwunderlich ist insofern, daß „sozialistische" Parteien die *Keynes*'sche Politik bevorzugen; in hohem Maße erstaunlich aber ist, daß auch die „bürgerlichen" Parteien – wenn auch mit unterschiedlichem Schwerpunkt – fiskalistische und etatistische Politik betreiben.

Privatoligopole als potentielle Staatsmonopole

Unbestreitbar gibt es besonders im Bereich der Großunternehmen Gründe für den Staatseingriff. Es ist aber in höchstem Maße ordnungspolitisch bedenklich, Privatoligopole noch weiter zu Staatsmonopolen zu konzentrieren, dies oft nicht zuletzt mit der Begründung, es müßten Arbeitsplätze gesichert werden. Auch der umgekehrte Weg ist denkbar!

Die gesellschaftliche Bedenklichkeit und die volkswirtschaftliche Unerheblichkeit von Großunternehmen sollte ebenfalls zu Reformen führen.[1])

Mittelstand an staatlichen Futterkrippen

Im Bereich der mittelständischen Wirtschaft gibt es ähnliche Entwicklungen mit anderen Methoden. Der Krisenmechanismus in Verbindung mit Konjunkturhilfsprogrammen und Subventionen ist hier das Vehikel in die Staatswirtschaft. Die Verkümmerung der privaten Wirtschaft wird durch dauerhafte staatliche Strukturen ersetzt. Auch der Unternehmer macht sich die Wellensittich-Mentalität zu eigen, die im Bereich der Haushalte über staatliche Unterstützungen erzeugt wurde: Immer weniger existieren selbständig, immer mehr leben von der umverteilenden Hand des Staates:

führt zur Wellensittich-Mentalität

Die heute so selten noch gestellte Frage nach der „Ordnungs- und Systemrelevanz" irgendwelcher Programme sollte nicht ganz verstummen.

Kam die Krise unerwartet?

Alle vorliegenden Programme bleiben gemeinsam die Antwort schuldig auf die Frage, warum so spät gehandelt wurde und kaum vorbeugende Maßnahmen ergriffen wurden, trotz der Apelle der Wissenschaft. *Engels* bemerkt lakonisch, so sei denn Arbeitslosigkeit entstanden, „aber niemand war oder ist überrascht. Dies ist die bestprognostizierte Beschäftigungskrise"[3]).

---

1) vergl. dazu G. Gilder: Reichtum und Armut, Berlin 1981, S. 100ff und besonders über Kapitalumschlag und -einsatz pro Arbeitsplatz: C. H. Binswanger: Strategien gegen Umweltzerstörung und Arbeitslosigkeit, in: Zeitschrift für Sozialökonomie –mtg– (ZfSö/mtg) 20. Jgg. Nr. 56, II/83 S. 14 f

3) W. Engels in: Vertrauliche Mitteilungen aus Politik und Wirtschaft, Bücken 1983, Jgg. 33, Nr. 2430 v. 15. 3. 83

Ein Blick auf die Zuwächse des Bruttosozialprodukts mag diese Aussage veranschaulichen.

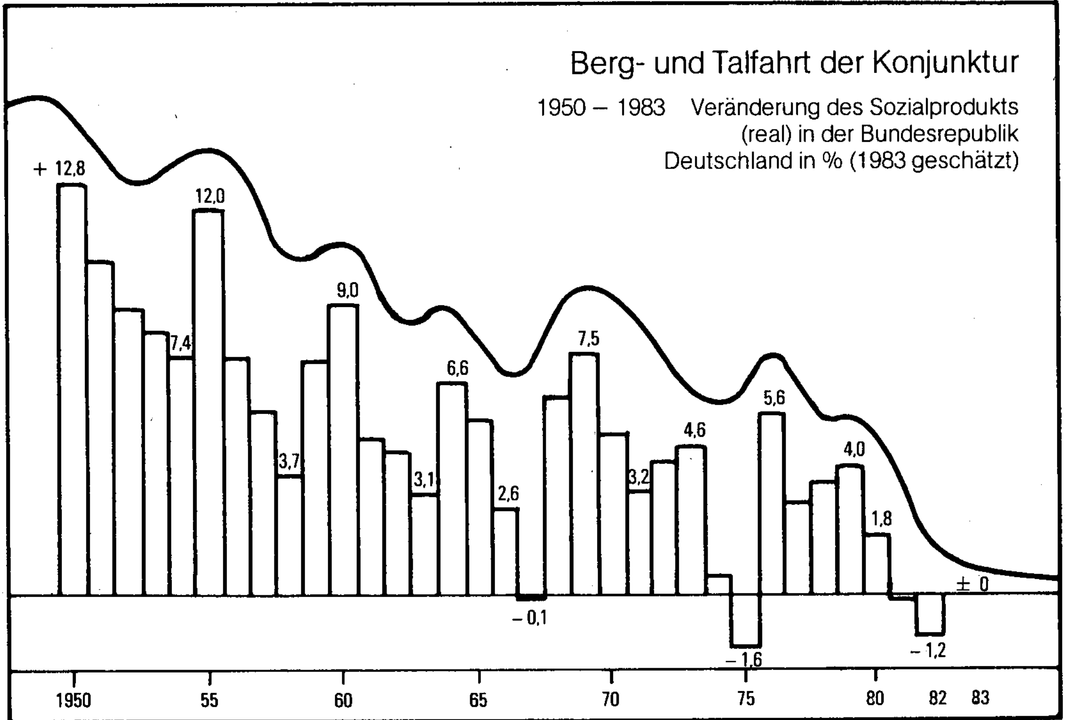


Abb. 2 a

2.2. Die Besonderheiten

Sachverständigenrat und Ordnungspolitik

Der ordnungspolitische Vorwurf richtet sich im besonderen gegen die Vorstellung des Sachverständigenrates (SVR). Selbst bei marktkonformem Verhalten gibt es für die Betroffenen keine Umgehungsmöglichkeit der Zwangsabgabe. Die nicht beabsichtigte Verzinsung ist ein Widerspruch zum System, entweder wir befinden uns in einer Zinswirtschaft, oder nicht.

Das hohe Mittelaufkommen von 10 Mrd. DM bereits im ersten Jahr berechtigt zur Neugier auf seine Wirkungen.

Solidarbeitrag über Enteignung (SPD)

Einen noch deutlicheren Enteignungscharakter trägt das SPD-Programm. Dort fallen Zinsen und Rückzahlung fort. Hervorzuheben ist der Solidarbeitrag. Wenn andere Möglichkeiten fehlen, ist er sicher ein Beitrag zur Verteilungskorrektur.

Kurzsichtige Wohnungsbaupolitik (CDU)

Die CDU sieht den Wohnungsbau als dringlich und förderungswürdig an. Sicherlich ist die Wohnungsnot nicht wegzureden. Dennoch werden hier künstliche Kapazitäten angelockt, die kaum mittelfristig Beschäftigung finden und dann möglicherweise neue Hilfsprogramme

nötig machen. So warnt der Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, *E. Gerth*, bereits jetzt schon „vor Fehlinvestitionen in Milliardenhöhe".[1]) Was, so ist zu fragen, soll gebaut werden, wenn die geschätzten jährlichen 330 000 Einheiten bis 1989 fertiggestellt sind?

2.3. Ergebnis

Für ökonomische Kosmetik

Diese Konjunkturhilfsprogramme sind in den wichtigen Grundsätzen gleich aufgebaut. In den Randbereichen weisen sie Unterschiede auf. So läßt sich kein Grund dafür finden, daß sie dieses Mal wirksamer seien, als in der Vergangenheit.

Welchen Einfluß die staatlichen Maßnahmen im weitesten Sinne auf die Konjunktur gehabt haben, „kann durch den Bezug zum Auslastungsgrad des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials verdeutlich werden". (Abb. 3)[2])

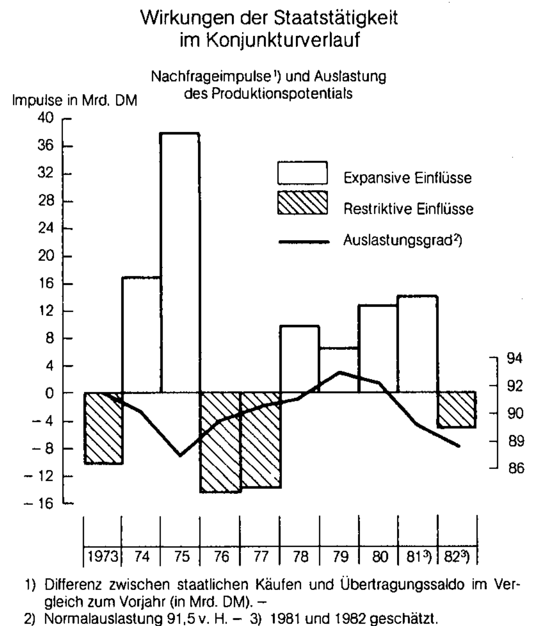


Abb. 3

80 Mrd. DM in den letzten 12 Jahren

In den letzten zwölf Jahren haben wir Programme mit einem Aufwand von ca. 80 Mrd. DM verwirklicht. Von Stabilität und Vollbeschäftigung sind wir weiter entfernt als je. Es besteht die Gefahr, daß wir uns noch weiter entfernen, denn historisch untaugliche Verfahren treffen heute auf weit zahlreichere und verflochtenere Probleme, als zuvor.

Die Probleme des magischen Sechsecks bleiben bestehen!

Die Herausforderungen des „magischen Sechsecks" bleiben uns auch weiterhin erhalten.

1) E. Gerth: Gutachten z. Wohnungsbau, in: FAZ v. 8. 2. 83
2) Wirtschaftsblätter BfG, Dez. 81, 29. Jgg. S. 5

3.0. Welche Bereiche müßte ein volkswirtschaftliches Programm berücksichtigen?

Der Kaiser schlief schlecht...
Deshalb beunruhigte es ihn, ... daß er nunmehr ... so sehr mit Fragen belästigt wurde. „Fragen", sagte er seinen Räten, „sind ein Beweis, daß etwas nicht klar ist: widerlegen Sie mir das!"
(B. Brecht: Vier Reisen)

3.1. Die Absicherung des außenwirtschaftlichen Bereiches

Arbeitsteilung auch international soweit sie uns Vorteile bringt

Wir haben in der Vergangenheit leidvoll erfahren, daß ein enger Zusammenhang besteht zwischen den Bereichen Arbeitsteilung und Geldordnung. International und praktisch gesehen heißt das, eine Volkswirtschaft soll sich nur so weit an den Vorteilen des Außenhandels beteiligen, als die Nachteile bei der Bezahlung der Leistungen nicht überwiegen. Mit der Außenverflechtung übertragen wir die Wirtschaftsprobleme des Auslandes direkt auf den deutschen Arbeitsmarkt.

Innerhalb von zehn Jahren ist unsere Exportquote von 20 auf 27 % angehoben worden. Es wäre strukturell sinnvoll, diesen Bereich zurückzuführen, denn Kapazitäten, die nicht entstehen, können auch in Notzeiten nicht nach Gemeinschaftshilfe rufen.

sonst umdenken

Nicht nur güterwirtschaftlich, sondern noch mehr im Währungsbereich sind weitsichtige Maßnahmen angebracht. Die heute möglichen und üblichen Willkürakte schlagen sich direkt bei uns nieder, mögen sie nun vom Ausland oder vom Inland kommen.

trotz „heiliger ökonomischer Kühe"

Nirgendwo werden pseudo-marktwirtschaftliche Spielregeln so heilig gehalten, wie bei der „freien Konvertibilität der Währung". Die ganze Ablehnung irgendwelcher ordnender Maßnahmen kommt in der Bezeichnung „Devisenzwangswirtschaft" zum Ausdruck.

Marktwirtschaft ist nicht Selbstzweck!

Wir können uns marktwirtschaftliche Verfahren dort leisten, wo sie möglich sind und wir eine Wahl haben. Ist dies nicht der Fall und setzen wir ggf. das Wohl der ganzen Volkswirtschaft aufs Spiel, müssen andere Verfahren möglich sein. Die US-Hochzinspolitik ist für diesen Bereich das beste Beispiel. Kapitalflucht oder Zustrom „heißer Gelder" würden ebenfalls Abschottungsmaßnahmen rechtfertigen.

Es ist unsinnig, ganze Wirtschaftsprogramme für das Inland aufzustellen und keine Vorkehrungen dagegen zu treffen, daß sie von außen torpediert werden.

Somit wäre wünschenswert:

- Die Rückführung der deutschen Exportquote,
- das Anstreben wirklich freier Wechselkurse,
- und ggf. bei deren Versagen Schubladenpläne gegen unerwünschte Außeneinflüsse.

3.2. Der Bereich des Umweltschutzes

Versäumnisse nachholen
Liederlichkeiten vermeiden

Hier müssen Versäumnisse nachgeholt und Liederlichkeiten in Zukunft vermieden werden. Dies schafft Zwänge zu unproduktiven Investitionen, aber auch Chancen, auf sinnvolle Weise Arbeit zu schaffen.

Auflagen und Bedingungen

Zunächst muß der Umweltschutz ausdrücklich angesprochen und mit Auflagen und Bedingungen versehen werden. Das Verursacherprinzip und das Verfahren über „Umweltverschmutzungsgutscheine" wären hier zu nennen.

mit Subventionen notfalls koppeln

Die Bedingungen der Subventionsvergabe müßten unterscheiden zwischen Rationalisierungsinvestitionen, die

- Arbeit durch Maschinen und Energie ersetzen (Typ I) und solchen, die

bei Typ II

- statt dessen den Einsatz von Rohstoffen und Energie mindern (Typ II)[1])

Wie überall, wäre auch im ökologischen Bereich der Unterschied zwischen

- arbeitschaffenden und
- arbeitersetzenden

Investitionen vorzunehmen. Eine Förderung käme nur bei arbeitschaffenden und Rohstoff einsparenden Verfahren in Betracht, denn

„die Gesamtheit der sog. unproduktiven Investitionen hat in der Ertragssituation der Unternehmen eine obere Grenze."[2])

Umweltschutz und Kapitalaufwand

So wäre es wohl aus ökologischen, als auch aus arbeitsmarktpolitischen Gründen berechtigt, hier fördernd einzugreifen. Auch die Verfechter einer stärkeren Mittelstandspolitik gewännen Überzeugungskraft, denn Typ II

die Stärke des Mittelstandes

„beansprucht wesentlich weniger Kapital in zweierlei Hinsicht
a) der Kapitalumschlag geht rascher vor sich,
b) sie benötigen weniger Kapital pro Arbeitsplatz."[2])

3.3. Neue Ansätze im Steuersystem

Bei den heute üblichen Verfahren und Grundsätzen der Besteuerung müßte ebenfalls nach der Rangordnung der Bedürfnisse *(Gossen/Maslow)* verfahren werden.

Wir fördern Wirtschaftsaktivitäten

Es ist widersinnig, zunächst mit Hilfsprogrammen vorwiegend die menschliche Arbeit zu

1) C. H. Binswanger: a. a. O. S. 10
2) ders., a. a. O., S. 13

fördern und sie dann, wenn das Programm Erfolg hatte, mit Hilfe des Steuersystems wieder zu belasten.

Wir müßten im Gegenteil die begonnene Hilfe durch weitgehende Steuerbefreiung verstärken. Statt dessen besteuern wir

- die unternehmerische Tätigkeit,
- alle wirtschaftlichen Umsätze überhaupt,
- die sich daraus ergebenden Vermögen und letzlich
- den Verzehr

und dezimieren sie über das Steuersystem

Alle wünschenswerten wirtschaftlichen Handlungen, die kostenlos den Arbeitsmarkt beleben, werden über Steuern bestraft. So gesehen ist das Steuersystem kontraproduktiv!

Kontraproduktive Steuern fördern Fehlverhalten

Die Nebenwirkungen erhärten diesen Vorwurf noch. Die so begünstigte Schwarzarbeit schlägt mit ca. 10% des Handwerkumsatzes zu Buche, das sind jährlich 37,5 Mrd. DM.[1]) Eine Einbuße an Steuern und Versicherung „bis zu 10 Mrd. DM läßt sich errechnen."

bis in die Kriminalität

Steuerflucht, schwarze Kassen und Leistungsentmutigung sind weitere Nebenwirkungen des heutigen Steuersystems.

3.4. Die überholte Unternehmensverfassung

Neue Ansätze können nicht gedeihen,

Marktwirtschaftliche Kräfte drängen ständig nach Veränderung und Anpassung. Insofern sind bestehende Ansätze für Mitbeteiligung und Mitbestimmung ernstzunehmende Versuche. Sie werden jedoch im heutigen wirtschaftspolitischen Klima über Gebühr belastet. Einem Wirtschaftsförderungsplan stünde daher wohl an, die Rahmenbedingungen für derartige Versuche zu verbessern, so die Anpassungsfähigkeit der Unternehmen zu steigern und den Arbeitsmarkt positiv zu beeinflussen.

alte taugen nicht mehr

Die heutige Unternehmensverfassung ist für heutige Erfordernisse falsch konstruiert! Klassentraditionen des 19. Jhd. wurden im 20. Jhd. Verbesserungen aufgepfropft, die der sozialen Gerechtigkeit dienen sollten, aber weder ihr noch den Unternehmenszielen, ja, nicht einmal dem Unternehmensbestand gerecht wurden.

sie entstanden unter anderen Bedingungen mit den Folgen heute:

Der Unternehmerkapitalist des vorigen Jahrhunderts verfügte im allgemeinen über eigene Arbeit, Boden und Kapital. Die benötigte Fremdarbeit wurde zu Mindestpreisen aus dem Heer der Arbeiter-Reservearmee beschafft. Der Hang zur kleinsten Leistung konnte nur durch den Vorarbeiter und die Angst vor Entlassung bekämpft werden. So entsteht das Unternehmer-Vorurteil, Arbeiter seien unterbeschäftigt und überbezahlt. Das Unternehmer-Image dieser

Mißtrauen
Neid

Uneffektivität

1) Mitteil. aus Politik und Wirtschaft, 33. Jgg. v. 15. 1. 83, Bücken

und wohl auch noch der heutigen Zeit ruft im Arbeiter dieselben Vorstellungen wach: Der Boss ist unterbeschäftigt und überbezahlt. Neid und Mißgunst werden gefördert, weil Einblicke in den Markt oder in die Unternehmensleitung nicht möglich sind. Die Abkopplung der Arbeiter vom Markt setzt sich fort in der fehlenden Beziehung von Leistung zu Gegenleistung. Der Unternehmer hat das vertragsbestimmte Mindesteinkommen zu garantieren. Er ist der Puffer, der zwar die Risiken trägt, dem aber die Erfolge nicht gegönnt werden. Das Unternehmungsziel wird daher auch nicht unterstützt, eher sabotiert.

bei Vorrang des Fremdkapitals

Die weiterentwickelte Arbeitsteilung trennt den Eigentümer von der Leitungsaufgabe (Kapitalist, Auftragsunternehmer). Zusätzlich wird Fremdkapital mit und, schlimmer noch, ohne volle Haftung in die Firmen übernommen.

und letzlich des Unternehmerlohnes

Den Arbeitnehmern kann nur noch zufließen, was Fremdkapitalverzinsung, Unternehmerlohn und -gewinn zulassen. Wird die Reihenfolge im Arbeitskampf umgekehrt, ist zwangsläufig der Arbeitsplatz gefährdet.

führen bei starren Löhnen

Aber auch die stets wachsenden Marktrisiken münden im Arbeitsplatzrisiko. Die Zementierung der Löhne nach unten und das Besitzstandsdenken verhindern jede Anpassungsfähigkeit. Nicht einmal die ureigensten Belange können frei vertraglich geregelt werden: starre Arbeitszeiten, Wochenstunden und Altersregelungen stehen dem entgegen.

am Markt zur Anpassungsunfähigkeit
und erhöhter Arbeitslosigkeit

Krisen, Rentabilitätsdenken und staatliche Wirtschaftspolitik drängen die Unternehmen zusätzlich in Größenordnungen, die kaum noch flexibel sind. Im Falle des Scheiterns geht der Weg über Staatsbürgschaft in den Staatsbetrieb.

Wirtschaftsförderung über Selbstverantwortung
der Unternehmen und Miteigentümer

Eine marktwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsförderung müßte eine Wirtschaftspolitik in Verbindung mit den bisherigen Maßnahmen vorsehen, die den Mittelstand stärkt und die Selbstverantwortung von Unternehmern und Miteigentümern in der Belegschaft fördert.

Einsichtiges Entlohnungsverfahren

Dies könnte geschehen durch ein einsichtiges Lohn- und Leistungsschema mit Sozialkomponente, nach Branchen oder Unternehmen getrennt.

Finanzierung von innen

Die Finanzierung eines Unternehmens sollte vorwiegend aus innerbetrieblichen Quellen stammen. Fällige Zinsen gehen in die Eigenfinanzierung oder werden bei Bedarf ausgesetzt. Die Entlohnung wäre im monatlichen Abschlag mit jährlicher Erfolgsabrechnung vorzunehmen.

Statt starrem Lohn: Abschlag
mit Jahresabrechnung

Auf diesem Miteigentümerstatus könnte die Mitbestimmung fußen. Mitverantwortung und Leistungssteigerung wären die Folgen.

Die Orientierung am Markt müßte die wichtigste Richtschnur aller im Unternehmen Tätigen sein, und zwar bevor der Vergleichsantrag gestellt wird.

Miteigentum und Mitbestimmung

Das alte und das neue System könnte ineinander übergehen. Mitarbeiter, die kein Interesse an den neuen Möglichkeiten haben, sollten nicht dazu gezwungen werden. Die Sinnfälligkeit dieser Regelungen in Verbindung mit einer Rahmenaufsicht und vorübergehenden staatlichen Start- und ggf. Ausfallhilfen könnten das Ende des alten Systems bedeuten.

nach den Bedingungen des Marktes
ohne gesetzlichen Zwang

Es würde gleichzeitig eine Umkehr in den Unternehmensgrößen nach sich ziehen. Während heute der Trend zum Großunternehmen vorherrscht, dürfte die neue Unternehmensverfassung den Mittelstand begünstigen.

ergibt gesteigerte Flexibilität
des Arbeitsmarktes
und Förderung des Mittelstandes

Großes Wehklagen über einen Abbau von Großunternehmen dürfte angesichts ihrer gesellschaftlichen Bedenklichkeit und ihrer volkswirtschaftlichen Minderbedeutung fehl am Platze sein. Zusätzlich kommt noch ihre geringe Beweglichkeit und Anpassungsfähigkeit ins Spiel, die aber durch die regionale Bedeutung zu Lasten der Allgemeinheit ausgeglichen werden kann.

„Abgewirtschaftete Konzernteile werden dem Staat zur gefälligen Sanierung angedient. Und dieser Staat ist angesichts von 2,5 Millionen Arbeitslosen erpreßbar."[1]

im Gegensatz zu heute

Ein Wirtschaftsrahmenprogramm mit neuen Rahmenbedingungen würde die Firmen stärken, ihre Anpassung an Schwierigkeiten erleichtern, neue Arbeitsplätze schaffen und ein Bollwerk gegen Arbeitslosigkeit bilden.

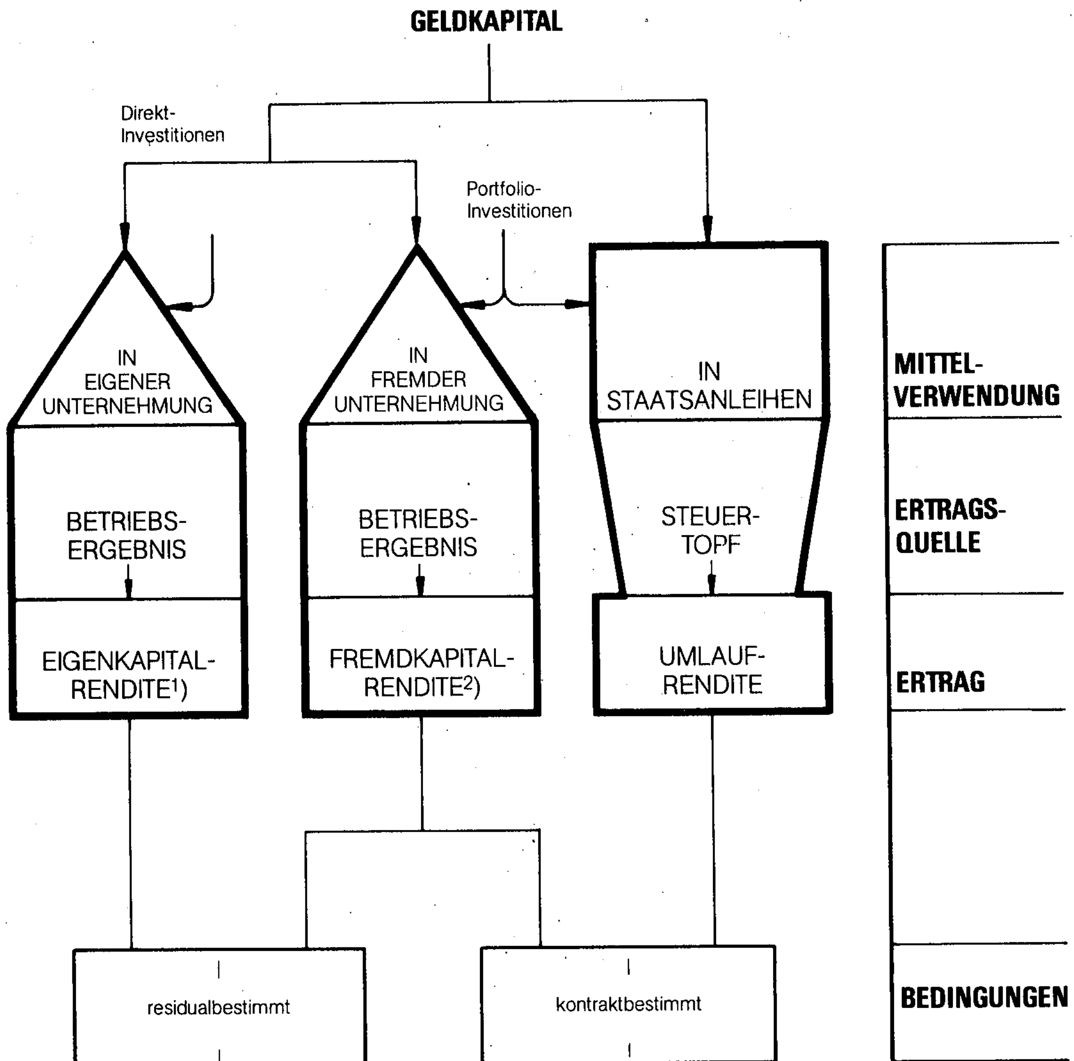
---

1) D. Hünerkoch: Recht und teuer, in: Wirtsch'woche 9/83 S. 3.

3.5. Die Berücksichtigung der Rentabilität

Definition

Rentabilität, oder im *Keynes*'schen Sprachgebrauch „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals" ist ein vielschichtiger Begriff. In Darstellung 1) wird er erläutert.



Darstellung 1: Kapitalverwendung und Kapitalertrag

1) EK-Rendite ./. landesüblicher Zinsfuß = Gewinn
2) Residualbestimmte FK-Rendite bei Aktien, partiarischen Darlehn (Risiko-Kapital).
Kontraktbestimmte FK-Rendite bei Obligationen, Wandelschuldverschreibungen.

Hier ist in erster Linie die aus den Unternehmen fließende Rentabilität gemeint. Man kann sie auch als den nicht dem Produktionsfaktor Arbeit zufließenden Teil des Betriebsergebnisses kennzeichnen, mithin als den Einkommensanteil, den die Eigentümer der Produktionshilfsmittel Boden und Kapital beanspruchen.

als Negativabgrenzung

Als Sammelbegriff ist die Rentabilität Brennpunkt aller Klagen und Bemühungen, wenn sie eine bestimmte Grenze unterschreitet. Diese entspricht den Erwartungen der Kapitaleigner hinsichtlich der Mindeshöhe des Ertrages. Er ist abhängig von den Absatzmöglichkeiten und der Kostenseite des Unternehmens. Mit z. B. ständig steigenden Lohnkosten und zusätzlicher Marktsättigung ist er recht schnell erreicht.

entweder Mindestrendite

Bereits Keynes meinte, alles könne „John Bull" ertragen, nur keine Verzinsung unter drei Prozent. Wir stehen hier also vor der *Gesell*'schen und *Cassel*'schen Rentabilitätsgrenze.

oder die Folgen

„Die Funktionsfähigkeit des Kapitalmarktes endet an einer starren unteren Schranke... Das Geldkapital stellt sich der Investition nur zur Verfügung bei einem Mindestzinssatz von 3–4%."[1]

Keynes begründet diese Haltung in seiner Allgemeinen Theorie:

„Da der Zinsfuß die Belohnung für die Aufgabe der Liquidität ist, ist er somit jederzeit ein Maß für die Abneigung derer, die Geld besitzen, sich von der ... Verfügung darüber zu trennen."

am Kapitalmarkt
und

So sinkt bei nicht angemessener Bedienung das Kapitalangebot. Aber auch die Kapitalnachfrage geht zurück, wenn dem Unternehmer für seine Arbeit unter dem Strich zu wenig übrig bleibt. Auch dann entstehen Probleme,

in den Unternehmen

„sodaß bei sinkender Sachkapitalrendite ... die Nachfrage nach Investitionsgütern und schließlich die Produktion ins Stocken gerät."[2]

trotz Restnachfrage

Man könnte annehmen, die Bedürfnisse seien gestillt und darum lohne die Produktion nicht mehr. Davon kann bei 3% aber noch keine Rede sein. Ab hier wird die Produktion unterbrochen, sodaß ein dauernder Nachfrage-Überhang bleibt.

3.5.1. Löhne oder Rentabilität?

Die Rentabilitätsgrenze zeigt aber noch mehr an. Die Angemessenheit der Kapital- und Unternehmereinkommen ist die Bedingung für weitere Investitionen.

Hohe Löhne

„Die Erträge der Unternehmen liegen noch immer in der Nähe des negativen Nachkriegsre-

1) E. Winkler: Ökologische Ökonomie, in ZfSö/mtg 19. Jgg. Nr. 52, S. 21
2) ders., a. a. O.: S. 23

kordes von 1981. Um die Investitionskraft von 1979 wieder zu erreichen, sind deutliche Verbesserungen der Erträge notwendig. Eine erneute Verteilungskorrektur zu Gunsten der Löhne ginge auf Kosten der Investitionen und damit der Arbeitsplätze."[1]



Darst. 2 Preisverfall von 1950 – 1981 in verschiedenen Bereichen

1950 = 100 DM	**1981 Rest**
a Wohngrundstücke	2,90 DM
b Preisverfall nach dem Index des Bruttosozialprodukts	30,10 DM
c Preisverfall nach dem Index der Lebenshaltungskosten	37,60 DM
d Löhne der Unselbständigen	8,20 DM
e Löhne und Gewinne der Selbständigen	8,90 DM
f Wohngebäude	18,10 DM
g Gewinne ohne Unternehmerlöhne	9,60 DM

schlechte Randbedingungen

Angesichts sinkender Umsatzrenditen

- ca. –33 % gegenüber 1979

und weiterer Substanzverluste durch Besteuerung der Scheingewinne

- ca. 21 Mrd. DM in den letzten fünf Jahren

schrecken die Unternehmer

beginnt mancher „wagende Unternehmer" zu zweifeln. Lockt dann noch eine hohe, staatlich garantierte Umlaufrendite, die

„seit 1971 erheblich über der Eigenkapitalrendite"[2)]

liegt, ist der Eintritt in die „müßige Klasse" (Veblen) allzu verlockend. Nur der liquidierende Unternehmer profitiert von

Die Metamorphose zum Kapitalrentier

„jenem Landeszinsfuß, den der Staat durch Kapitalnachfrage und Finanzierung aus Steuermitteln schafft und künstlich hoch hält."[3)]

---

1) IWD VIII/82, Nr. 32, S. 4 f
2) IWD XII/82, Nr. 49, S. 2
3) E. Winkler: a. a. O.; S. 23

Im Klartext heißt das, daß es sich dank staatlicher Verschuldung seit über zehn Jahren mehr auszahlt, die Firma aufzugeben und vom Erlös Staatspapiere zu kaufen, als eine Unternehmung zu betreiben und dem Gemeinwohl zu dienen. Aber nicht genug damit:

mit Hilfe des Staates

„Der Renditeverlust von DM-Papieren lockte die Kapitalanleger in den Dollar."1)

Die unternehmerische Verweigerung

So entsteht aus dem produzierenden deutschen Unternehmen der international kassierende Kapitalrentner.

Natürlich gibt es für die unternehmerische Verweigerung handfeste Gründe: Traditionell sind die Löhne zu hoch.

und die Begründung aus Praxis

„Tatsache ist, daß z. Z. das Arbeitsplatzpotential schrumpft – die Folge der jahrelangen Investitionsschwäche."2)

Die Wissenschaft assistiert:

und Wissenschaft:

„Die Lohnabschlüsse müssen eigentlich so niedrig wie möglich sein, damit die Reallöhne... möglichst schnell möglichst stark sinken."3)

Die Arbeit ist zu teuer!

„Arbeit gibt es genug – aber eben nicht zu 49.000,– DM Kosten pro Beschäftigten."4)

International gilt das gleiche Rezept, wie wir z. B. am Beistandskredit des IWF für England erkennen,

„der an die Bedingung sinkender Reallöhne gekoppelt wurde."5)

Der Trugschluß:
Letzlich verursacht die Gewerkschaft die Arbeitslosigkeit!

Der Kettenschluß in der heutigen Auseinandersetzung läuft darauf hinaus, daß die Arbeiter durch agressive Lohnforderungen Verursacher ihrer eigenen Arbeitslosigkeit seien. Sie hätten den Bogen überspannt, denn den mit ihnen arbeitenden Unternehmern und den Kapitaleignern bliebe nicht mehr genug übrig.

Dieser Beweisführung folgen im übrigen alle drei Wirtschaftsförderungsprogramme. In Bausch und Bogen muß die Rentabilitätsgrenze wieder angehoben werden!

3.5.2. Rentabilitätsgrenze und unternehmerische Kostenrechnung

Die letze Schlußfolgerung ist einer eingehenden Untersuchung wert. In einer vereinfachten Gewinn- und Verlustrechnung wird das Betriebsergebnis grob um folgende Posten gemindert: Löhne, Lohnnebenkosten, Steuern, Zinsen, Material und Rohstoffe.

Löhne und andere Renditefeinde

Es ist klar, daß jedes Fallen oder Steigen der Einzelkosten die Restgröße Gewinn oder Eigenkapitalrendite beeinflußt.

1) IWD VI/81, Nr. 28, S. 4
2) IWD Nr. 49 XII/82 S. 4
3) Girsch anläßl. d. VDMA/IW Symposions, veröff. i. IWD II/83 S. 4
4) W. Engels: a. a. O.
5) K. Didszun: Die Wirtschaft GB unter monetaristischen Vorzeichen, in: ZfSö/mtg 17. Jgg. Nr. 48 IV/81, S. 23

Vereinfachte Gewinn- und Verlustrechnung

Makroökonomische Daten zur Veranschaulichung

	1970	1981
Lohnquote	100	108,5

	1970	1981
Sozialquote	100	129
Sozial-Lstgn.	100	204

	1970	1981
Staatsquote	100	128
Staatsausgaben	100	228

	1970	1981
Ölpreis	100	264
	1975	1981
übrige Rohstoffe	100	158

	1969	1981
Diskontsatz	100	250
	1979	1981
Kto.-Korr. Kredite	100	221
Wechselkredite	100	363

LÖHNE

SOZIAL-AUFWENDUNGEN

STEUERN

MAT./ROHST.

ZINSEN

EIGENKAPITAL-RENDITE GEWINN

BETRIEBSERGEBNIS

1965 – 1969 3,6% Ø
1970 – 1974 3,0%
1975 – 1979 2,5%
1,1 % Dte. metallverarb. AG'n

	1970	1981
Brutto-Sozial-produkt	100	137

	1970	1981
Private Investitionsquote[2]	100	82

Darstellung 3

Gewinn- und Verlustrechnung mit gesamtwirtschaftlichen Kennzahlen

1) Zahlenangaben aus: Institut d. Dt. Wirtschaft: Argumente zu Wirtschaft.fragen 76/77 s. 9. u. 14, ders.: Informationsdienst X/82 Nr. 40, S. 2, Geschäftsbericht d. Dt. Bundesbank 1981, S. 15, HWWA-Index f. Weltmarktpreise d. Rohstoffe, eigene Berechnungen.
2) „Die Beschäftigung entwickelte sich im Rhythmus der Investitionstätigkeit", IDW Informationsdienst II/83 Nr. 6, S. 5

Aus der Darstellung 3 wird deutlich, daß die Rendite eine ganze Schar von Widersachern hat, und daß ihr alle in den letzten Jahren kräftig zugesetzt haben.

Es kann daher nur aus den Klassenkampftraditionen des vorigen Jahrhundert erklärt werden, wenn hauptsächlich das Steigen der Löhne beklagt und bekämpft wird. Andere Auffassungen sind selten.

„Ein Sinken der Zinsen kann die Korrektur der Löhne ersetzen",

teilweise auch

meinte der Sachverständigenrat schon 1977.[1]

nicht konforme Äußerungen.

Matthöfer äußerte gar:

„Ein Prozent Zinserhöhung belastet die Deutsche Volkswirtschaft mehr als ein Prozent Lohnerhöhung."

In der Zeitschrift für Sozialökonomie (ZfSö) wurde nachgewiesen, daß sich beide Belastungen fast die Waage halten.[2]

Sicherlich sind die Lohnnebenkosten bei Tarfiverhandlungen zu berücksichtigen.

„Die Arbeit wird ...künstlich bis zu 60 % verteuert, während der Kapitaleinsatz (Kreditaufnahme usw.) nicht einmal der Mehrwertsteuer unterliegt."[3]

Löhne und Lohnnebenkosten

Begreiflicherweise werden die staatlichen Belastungen bei den Unternehmen auch nicht geschätzt.

„Die Sozialpartner trifft nicht einmal die Hauptverantwortung. Die Lohnnebenkosten lagen 1969 noch bei rd. 46 % des Bruttolohnes pro effektiv geleisteter Arbeitsstunde. Heute dürften es rd. 77 % sein."[4]

werden kritischer betrachtet

Als staatliche Fürsorge verpackte Wahlgeschenke und hunderjährige Vorurteile machten die Arbeit letztlich zum unerwünschtesten Produktionsfaktor in den Unternehmen.

Interessanterweise ist bei steigenden Kapitalzinsen eine große Duldsamkeit festzustellen. Auch wenn sie in drei Jahren um 200 – 300 % steigen, wird der Affektstau bei den Lohnerörterungen losgelassen. Es mag sein, daß hier die Affinität zwischen Unternehmer, Bankensystem und Kapitaleigner eine Rolle spielt.

als Kapitalkostensteigerungen.

Ganz eindeutig wird diese Haltung von den drei aktuellen Wirtschaftsförderungsprogrammen geteilt. Es besteht ein Interesse der Eigentümer von Boden und Kapital, ihre Ertragssituation zu verbessern, nicht aber, ihre Kapitalverwendung zensiert zu erhalten in volkswirtschaftlich

1) SVR Jahresgutachten 1977 / 78 Ziff. 307
2) F. G. Binn: Zins- u. Hochzinspolitik, ZfSö/mtg 20. Jgg. Nr. 50, S. 21
3) C. H. Binswanger: a. a. O., S. 16
4) W. Engels, in: Vertrauliche Mitteilungen aus Politik u. Wirtschaft Bücken 1983, Jgg. 33, Nr. 2430 v. 15. 3. 83

sinnvolle und weniger sinnvolle. Trotz wichtiger betriebs- und volkswirtschaftlicher Gegengründe folgt die herrschende Wirtschaftspolitik dieser Auffassung.

3.5.3. Der Einfluß des Zinsmechanismus auf das Verteilungs- und Wachstumsproblem

These:
Löhne senken
Investitionen und Arbeitsplätze steigen!
Unabhängig davon:

Die Wahl in der jetzigen Wirtschaftsverfassung ist klar umrissen: Entweder werden die Löhne zurückgeführt, oder die Investitionen und Arbeitsplätze, letztlich die gesamte Wirtschaftstätigkeit. Insofern ist die Stagnation schon vorprogrammiert.

Unabhängig von der jeweiligen Politik besteht jedoch ein tiefwirkender Mechanismus in unserer Gesellschaft, der das Wirtschaftsleben gleichsam von selbst in die Rezession und Funktionsunfähigkeit führt. Dies geschieht nach den mathematischen Gesetzen der Zins- und Zinseszinsrechnung.

Das Verhältnis von Arbeits- zu Besitzeinkommen verschiebt sich durch den Zinsmechanismus von rd. 80:20

Das Verhältnis von Arbeits- zu Besitzeinkommen wird sich unweigerlich im Zeitverlauf zu Lasten der Arbeitenden verschieben. Mathematisch liegt ein Nullsummen-Spiel vor, bei dem einer nur das gewinnen kann, was ein anderer verliert.

ceteris paribus

Teilen wir das Volkseinkommen modellhaft 80:20 auf, so ändert sich das heute angenommene Verhältnis je nach Höhe des landesüblichen Zinsfußes wie aus Abbildung 4 ersichtlich, wenn man allein diesen Mechanismus wirken läßt, und alle anderen Einflüsse stillegt.

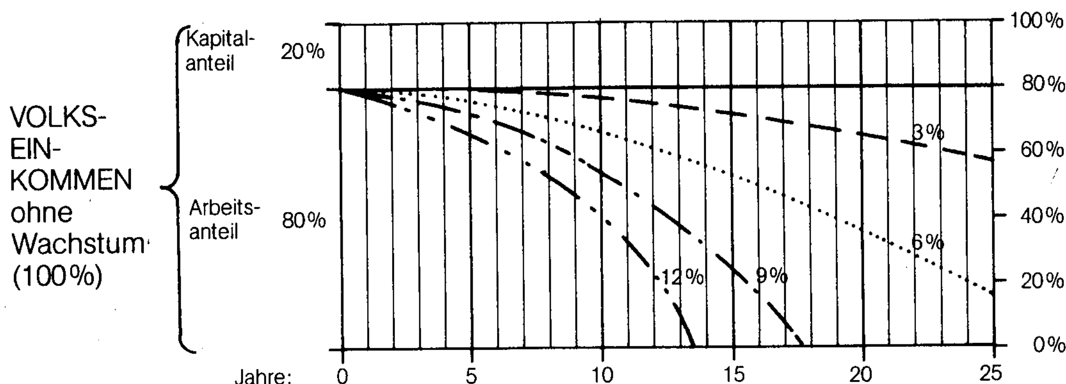


Abb. 4 Die automatische Veränderung der Verteilungsverhältnisse zwischen Arbeits- und Besitzeinkommen in einer Volkswirtschaft im Verlauf von 25 Jahren durch den Zinsmechanismus bei 3%, 6%, 9% und 12% Rendite und Wiederanlage.

- Bei 3% Zins und Wiederanlage sinkt das Arbeitseinkommen in 25 Jahren um 100%! (80:20 zu 60:40)
- Bei 6% kehrt sich das frühere Verhältnis um. (80:20 zu 20:80)
- Bei 9% wird die Widersinnigkeit noch deutlicher: Nach 18 Jahren besteht nur noch Besitzeinkommen![1])

- bei 3% Zins in 25 J. auf 60:40
- Bei 6% auf 20:80

Ein Blick auf die Statistik trübt das Bild weiter. Bei stagnierender Wirtschaft werden wir folgende Arbeitslosenzahlen haben:

1983: 2,3 Mio
1984: 2,7 Mio
1985: 3,1 Mio

zusätzlich zu Stagnation
und steigenden Arbeitslosenzahlen!

Auf diese Weise verschlechtert sich nicht nur das Verteilungsverhältnis zu Lasten der Arbeit, sondern die Arbeitsmarktlage verstärkt den Druck zusätzlich.

Der Ruf nach Wachstum ist insofern mehr als verständlich

Wachstum als Ausweg?

Nur Wachstum ermöglicht es, die Verteilungsverhältnisse beizubehalten.

Das Verhältnis zwischen Einkommen aus Arbeit und Einkommen aus Besitz

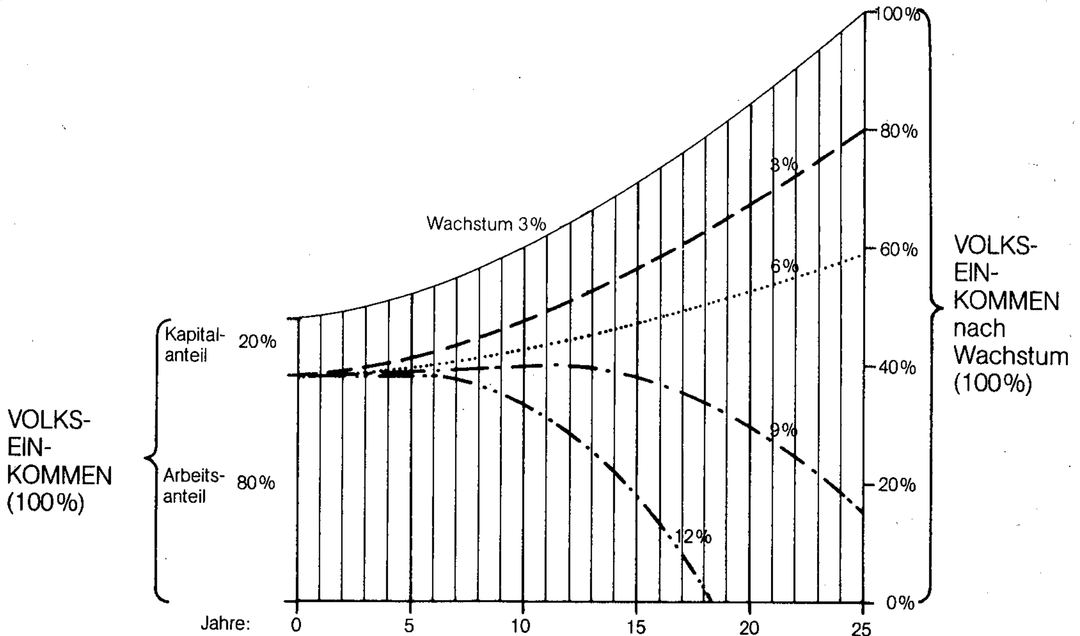


Abb. 5 Ergänzung der Angaben zu Abb. 4 durch ein angenommenes Wachstum von 3%.

1) H. Creutz: Entwicklungen und Wechselwirkungen aus dem Währungs-, Vermögens- und Wirtschaftsbereich in graph. Darst. unveröff. Manuskript, Aachen 1982, S. A 3

kann nur beibehalten werden,

Wie aus der Abbildung ersichtlich, gilt aber auch hier eine zweite Voraussetzung: Der landesübliche Zinsfuß darf das Wachstum nicht überflügeln und es für das Besitzeinkommen beanspruchen.

wenn Zins- und Wachstumshöhe sich entsprechen!

Auch bei Wachstum gilt: Die Quote der Arbeitseinkommen sinkt umso schneller, je mehr der Zins das Wachstum übersteigt.

Sie entsprechen sich fast nie; ergibt sich so eine neue Definition für Wirtschaftspolitik?

Oft wird gesagt, dieser Mechanismus könne sich ja nicht auswirken, weil wir immer gegensteuerten. Dann bestünde unsere ganze Wirtschaftspolitik nur in einem solchen Tun? und treffen wir das Ziel nicht ganz, zahlen dann die Arbeitslosen die Zeche?*

Lohnsteigerungspolitik gegen mathematische Logik

Mit mathematischer Strenge ergibt sich so auch das Ende der gewerkschaftlichen Lohnsteigerungspolitik. Nur in einem Fall hat sie Aussichten auf Erfolg:

mit einer Ausnahme!

wenn die Wachstumsrate den Landeszinsfuß übersteigt.

Es wurde aber schon dargelegt, wie groß dann die Gefahr ist, mit den Rentabilitätsansprüchen in Streit zu geraten.

Die Verbesserung des Arbeitsmarktes hat mehrere Voraussetzungen!

Auch in der folgenden Aufstellung sind die Bedingungen für eine verbesserte Arbeitsmarktlage nur teilweise genannt:

- 3% Wachstum
- ein darunter liegender Landeszins
- ein Wirtschaftsprogramm, welches das erreicht!

selbst dann geht es langsam!

Arbeitsmarkt bei 3% Wachstum 1)

1983	1,9 Mio Arbeitslose
1984	1,8 Mio Arbeitslose
1985	1,7 Mio Arbeitslose

Wachstum oder Rückgang!

Es wird deutlich: Wachstum oder Zusammenbruch; Stillstand ist bereits Rückgang!

Wachstum höher als Umlaufrendite?

So werden die drei in Rede stehenden Wirtschaftsprogramme kaum Erfolg haben, ohne die Umlaufrendite der Staatspapiere zu berücksichtigen (vgl. Darst. 1). Sie halten den Landeszinsfuß auf über 7%. Ein an sich notwendiges Wachstum darüberhinaus ist unmöglich, ein geringeres verteilungspolitisch nutzlos.

Alles andere ist Interessendienst!

Allein die Erwartungen der Privatwirtschaft auf kurzfristige Rentabilität würden erfüllt, wenn auch zu Lasten der Arbeitseinkommen und im Grunde zu Lasten des ganzen Systems.

---

1) DIE KAMMER, Mitt. d. IHK MG Nr. 3/83, S. 12

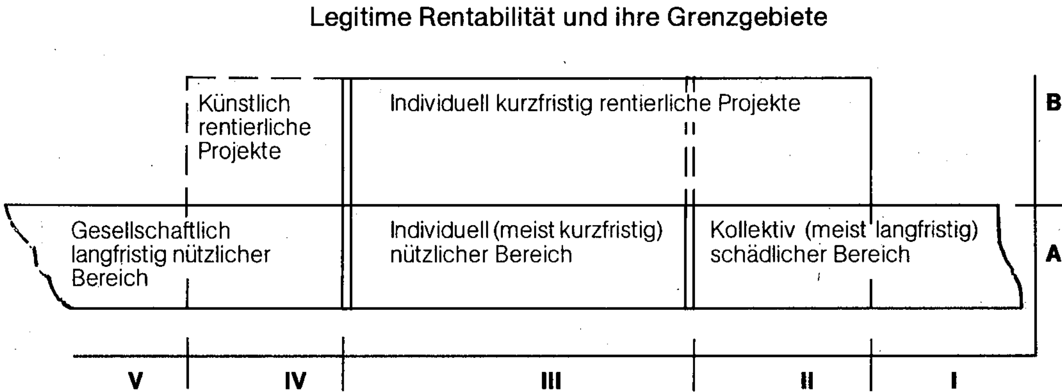
* Die Klassenbildung des 19. Jhd. und das heutige Nord-Süd-Gefälle haben als gemeinsames Prinzip, daß nicht gegengesteuert wurde, bzw. wird. Heute sehen wir deutlich die Balance-Akte mit Umschuldungen, Moratorien und Schuldenerlassen. Letztere gehen auf das jüdische „Jubeljahr" zurück und zeigen deutlich, daß der Zinseszinsmechanismus ins Chaos führen würde.

Die Rentabilität im allgemeinen gibt durch ihre Höhe an, wann sich Kapitaleinsatz nicht mehr lohnt. Unter heutigen Bedingungen werden die Produktionshilfsmittel solange verfügbar gemacht, wie sie angemessen verzinst werden.

3.5.4. Legitime Rentabilität und ihre Grenzgebiete

Kapitaleinsatz ist abhängig von der Belohnung

Legitime Rentabilität und ihre Grenzgebiete



Darstellung 4

Mit einigem Vorbehalt kann man die Bereiche III A = III B in Darstellung 4 als legitime Rentabilität bezeichnen.

Der Ertrag ist dann die Entlohnung für kollektive oder individuelle Nutzenstiftung.

Aus bestimmten Entwicklungen kann aber eine Umkehrung des Ursache-Wirkungs-Verhältnisses entstehen.

Das Zinssystem enthält einen Selbstvermehrungsmechanismus! Sein Mehrwert trägt die Erblast seines Erzeugers: Jede Kapitalanlage braucht renditeträchtige Objekte. Deren Zahl ist jedoch begrenzt, daher besteht eine Neigung, die Kapitalanlage auf die Bereiche A II und – ggf. mit Wirtschaftshilfsprogrammen – auf A IV auszudehnen.

Der gesamte B-Bereich ist Kapergebiet. So ist zu verstehen, daß die tropischen Regenwälder abgeholzt und nicht wieder aufgeforstet werden, statt dessen erodieren. Die Nordsee wird kreaturfeindlich durch Ölbohrunfälle, das Entsorgungsproblem in der Atomwirtschaft wird am grünen Tisch bewältigt. Auch die Kriegstechnik ist so zu erklären. Es kann nicht ihr Sinn sein, aus einem tausendfachen Overkill einen millionenfachen zu machen. Daß aber der millionste Panzer noch so rentabel ist, wie der davor und danach Hergestellte, das liefert die Begründung: Pervertierte Rentabilität!

für nützliche Dienste

Kapitaleinsatz ist auch abhängig

von der Zahl renditeträchtiger Projekte

notfalls kann sie im B-Bereich vergrößert werden

mit langfristig nachteiligen Folgen
für das Gemeinwesen (A II).

Natürlich entstehen auch Arbeitsplätze. Arbeit ist kein Selbstzweck!

Arbeitsplätze, die diesen Zusammenhängen ihr Bestehen verdanken, haben keine Berechtigung. Wie schwierig dieser Abbau ist, mag an der widersprüchlichen Haltung von FDP und DBG zur Atomwirtschaft abgelesen werden.

Zinsdiktat erfordert Anpassungsverhalten teils außerhalb der Legitimität

Eine ähnliche Denkweise wird bei Wirtschaftssubjekten erzeugt, die den kontraktbestimmten Forderungen des Fremdkapitals nicht mehr genügen können, wenn sie im herkömmlichen Bereich wirtschaften. Wirtschaftsverbrechen oder Konkursvergehen sind hier zu nennen. Kostenminderungen werden z. B. über die Umweltbelastung vorgenommen. Nur eine Spielart dieser Denkweise ist die Maximierung des Ertrages oder seine Absicherung. Erstere kommt beispielsweise vor im Rauschgifthandel, letztere in der Waffenherstellung (B II: A II).

Natürlich können diese Probleme keinem Wirtschaftsprogramm angelastet werden. Dennoch sind sie Ausfluß gesellschaftlicher Fehlentwicklungen, denen wir nicht mit dem Scharfrichter beikommen sollten, sondern indem wir die Sümpfe trocken legen.

Von allen bisherigen Konjunkturprogrammen hat sich in dieser Hinsicht jedoch noch keines hervorgetan, indem es irgendeine ordnende oder sonstwie positive Wirkung überhaupt nur beabsichtigt hätte.

Wirtschaftsprogramme müssen unterscheiden.

Wohl kann man von Wirtschaftsrahmenprogrammen erwarten, daß sie z. B. wirtschaftliche Handlungen von B II nach B III / IV verlagern.

in der Zielrichtung

Nach einer Studie der Schweizer Energie-Stiftung werden im Bereich A / B II der Energiewirtschaft bis zum Jahre 2000 Arbeitsplätze verloren gehen, wenn sich bestimmte Umweltschutzauffassungen durchsetzen. Durch eine technologische Wandlung zu dezentralisierter und sparsamer Wirtschaftsweise könnten aber doppelt so viel Arbeitsplätze geschaffen werden (A / B III).

Hier bedarf es staatlicher Wegweiser.

„Wir werden also nicht so falsch liegen, wenn wir bei einer Revision der Energiepolitik in der Bundesrepublik ein Plus von 250 000 Arbeitsplätzen schätzen."[1])

nur der Bereich der legitimen Rentabilität (A III / IV in Darst. 4) ist zu fördern

Sicherlich sind im Bereich B IV / V mehr Projekte zu finden, als im Augenblick durchgeführt werden. Hat eine Gesellschaft langfristige Vorstellungen von der Nützlichkeit bestimmter Vorhaben, denen bislang die Rentabilität fehlt, so ist es sinnvoll, dieses Signalfeuer über Unterstützungszahlungen aus dem Steueraufkommen leuchten zu lassen.

1) C. H. Binswanger: a. a. O., S. 16

3.6. Aussagen zur Stabilisierung der Währung

Die Währung ist nicht ein Problemfeld unter vielen, sie ist das Problem schlechthin!

Es geht um die Grundlage des Wirtschaftens und der Marktwirtschaft.

Hier darf kein Programm schweigen trotz der Unabhängigkeit der Bundesbank

trotz bislang unvollkommener Theorien in der Inflationsbekämpfung

Im „magischen Sechseck" ist die Wahrung der Kaufkraft einer Währung ein Punkt unter fünf ähnlich wichtigen.

Hier wird die Auffassung vertreten, daß Preisniveau-Stabilität die Basis für eine gesunde Volkswirtschaft ist, aus deren Verletzung sich die meisten der Übel ergibt, die gemeinhin das magische Sechseck ausmachen.

Die Beständigkeit der Kaufkraft bedeutet gleichzeitig die Beständigkeit aller Kalkulationen und wirtschaftlichen Bedingungen. Geld ist das Blut der Wirtschaft, eine willkürliche Störung des Blutkreislaufs bedeutet, den Wirtschaftsorganismus leichtfertig zu schädigen, dessen Stärkung man gerade mit Wirtschaftsförderungsprogrammen beabsichtigt. Man nimmt dem Gelde die „Neutralität" und „gibt der Marktwirtschaft Gift zu trinken". *(Eucken)*

Wirtschaftshilfsprogramme sollten demnach eine Aussage über Währungsstabilität enthalten.

Man muß sich aber der zwei Hauptschwierigkeiten hierbei bewußt sein:

a) Die Regierung ist nicht die zuständige Vertretung.
b) Die Verfahren der Inflationsbekämpfung sind unvollkommen.

Zum ersten Punkt kann man auf das Bundesbank-Gesetz verweisen, nach dem die Zentralbank verpflichtet ist, die Wirtschaftspolitik der Regierung zu unterstützen. Inwieweit man es hinnimmt, daß eine Zentralbank von Außenabhängigkeiten[1]) weit mehr abhängt als von der eigenen Volksvertretung, mag hier unerörtert bleiben. Die Begründung, es bestehe sonst die Gefahr einer mißbräuchlichen Geld- und Schuldenvermehrung, kann man ja nicht ernst meinen, auf keinen Fall ernst auffassen.

3.6.1. Für oder gegen Inflation?

Stabiles Geld wird verschatzt und läuft nicht um!

Dem zweiten Punkt liegt eine Besonderheit des Geldwesens zu Grunde. Ein Geld, welches von den Wirtschaftssubjekten allzusehr geschätzt wird, sei es, wegen seiner Seltenheit, oder wegen seiner Beständigkeit, wird in immer stärkerem Maße verschatzt, entzieht sich seiner wichtigsten Aufgabe als Tauschmittler und führt in die Deflation. Die Folgen sind Preisverfall und Zinsanstieg, kurz: Kollaps der Wirtschaft.

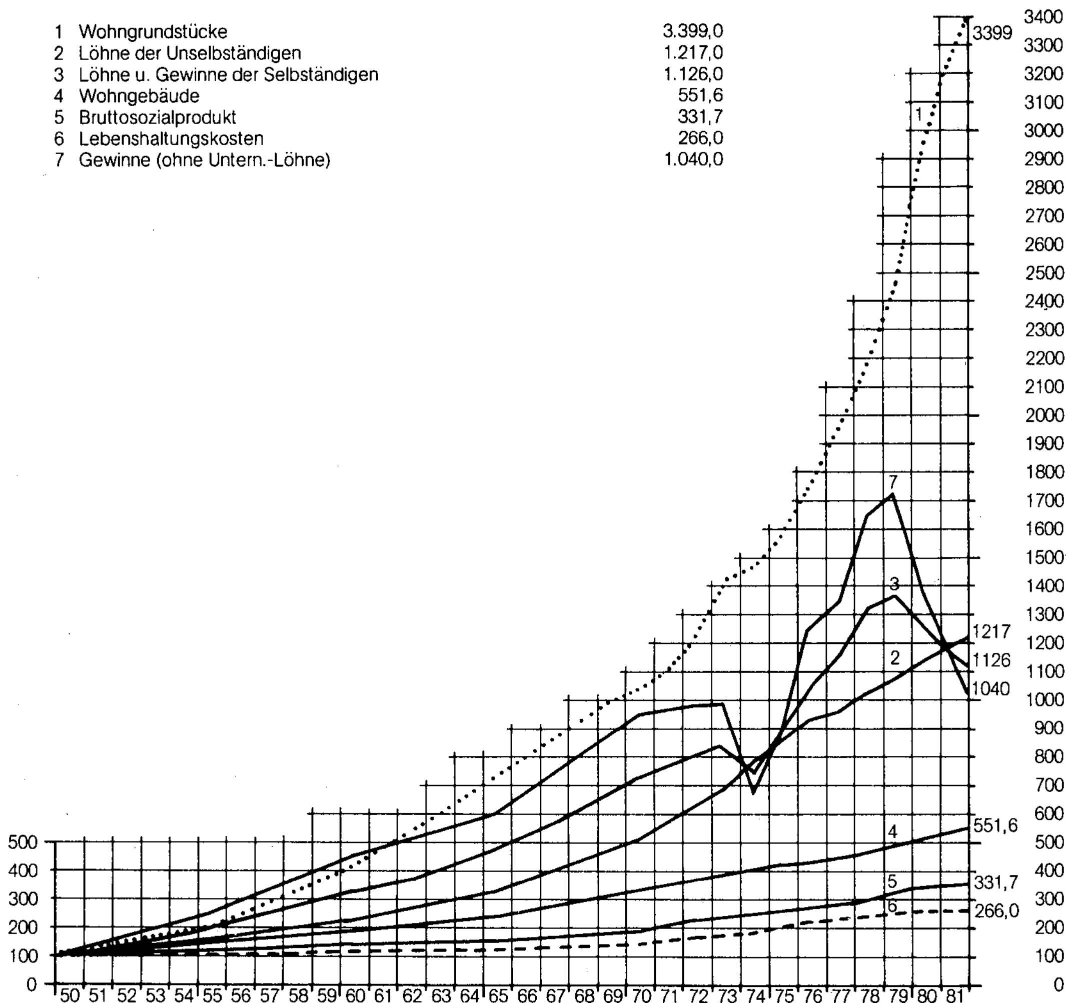
---

1) Eustace Mullins: Die Bankiersverschwörung von Jekyl Island, Oberammergau 1956, Übers. v. The Federal Reserve Conspiracy
vgl. Buchbesprechung in ZfSö/mtg a. a. O., Nr. 53 / 82 S. 29 f

Kollaps der Wirtschaft als letzte Folge
Wie vermeiden wir die Rache der Inflation?

Wir haben also die Rache der Inflation sehr wohl zu fürchten, wenn wir sie außer Dienst stellen. Andererseits, wenn wir sie als Arznei benutzen, den Geldkreislauf zu stützen, bezahlen wir sie sehr teuer.

Preisindices 1981, bezogen auf 1950 = 100
in den Bereichen:



Darstellung 5

Nicht nur die Reibungsverluste schlagen zu Buche. Auch die jährliche Vermögensumschichtung in der Volkswirtschaft ist zu berücksichtigen. Sie beläuft sich auf eine Größenordnung von 75 – 80 Mrd. DM. Um diesen Betrag werden die Geldwertbesitzer enteignet und die Sachvermögenbesitzer ungerechtfertigt bereichert.

Sie verursacht Umverteilung von jährlich rd. 75 Mrd. DM

Wir brauchen also ein Mittel, den Geldkreislauf zu stützen. Mit der Inflation hat *Keynes* das Rezept verschrieben, nach dem wir seit mehr als 40 Jahren der Wirtschaft die Kreislauf-Droge verabreichen. Die positiven Wirkungen nehmen in dem Ausmaß ab, wie die nachteiligen zunehmen (Stagflation). Mit der Sucht steigt der gesamtwirtschaftlich zu zahlende Preis. Zeitweilige Entzugserscheinungen in Form von „Stabilisierungskrisen" sind bisher noch immer wieder durch Rückkehr zu altem Verhalten korrigiert worden, dies hauptsächlich, weil kein Ersatz für die Inflations-Droge im üblichen Arzneischrank verfügbar war.

Was kann die Inflation ersetzen? Der Zwang dazu wird ständig größer

Sehen wir die Lage marktwirtschaftlich, könnte man nach einem anderen Medikament zu vielleicht günstigeren Bedingungen und ohne schädliche Nebenwirkungen Ausschau halten. Es müßte mit den sonstigen Stabilitätsmitteln harmonieren und ihre Wirkung verstärken.

Anforderungen, die an den Inflationsersatz zu stellen sind

Zusätzlich müßten die Merkmale einer Wirtschaft im Preisgleichgewicht wieder mehr ins Bewußtsein gerückt werden.

Preisniveaustabilität ist dann vorhanden, wenn der Lebenshaltungskosten-Index um die Marke 100 schwankt. Sein Steigen verrät Inflation, sein Sinken Deflation. Die vorwiegende Meinung führt beides auf eine Veränderung der Geldmenge zurück.

Was ist Preisniveaustabilität?

Der Werkzeugkasten der Zentralbank ermöglicht heute mehr Geldmengenanpassungsvorgänge, als nötig. Darin liegen die Schwierigkeiten nicht. Sie sind vielmehr begründet in der unterschiedlichen Auffassung über den Geldbegriff, oder was überhaupt mengenmäßig gesteuert werden soll.

Stabile Lebenshaltungskosten

„Was ist ... zu tun? Ohne Kontrolle der Geldmenge geht es jedenfalls nicht. Das übermäßige Wachstum muß auf ungefähr das normale Wachstum des realen Sozialprodukts reduziert werden, denn auch die Stagflation ist ein monetäres Phänomen."[1])

Über welchen Geldbegriff sind sie zu erreichen?

1) G. Haberler: a. a. O. S. 15

3.6.2. Bargeldmengensteuerung

M 1 ist ein Sammelsurium

Der Endverbrauchsmarkt bestimmt die Preise auch an den Vormärkten

„Auf dem Letztverbrauchermarkt bestimmt das Bargeld

Die Bundesbank bestimmt das Bargeld."

so der Theoretiker,
die Planspielanalyse,
der Empiriker

und der Statistiker!

Mit *Walker, Woll* und *Hoffmann* wird hier die Ansicht vertreten, daß die bisherige Steuerungsgröße „M 1" verfehlt ist.

„Wer das Bargeld und die Sichtguthaben zu einer Geldmenge M 1 zusammenfaßt, muß sich bei dieser Addition bewußt sein, daß er zwei grundlegend verschiedene Elemente in die Rechnung einbezieht."[1])

Wir können von einer letztbestimmenden, im Endverbrauchsmarkt stattfindenden Preisbildung sprechen und von einer vorgelagerten, dem Zwischenhandels- oder Produktionsmarkt zugeordnet.

„Die sekundäre gehorcht den Marktkräften der Handelsvorstufen, ist aber von der primären Preisbildung abhängig, abgeleitet.

Nur derjenige sekundär gebildete Preis hat eine Chance sich durchzusetzen, der auf dem Primärmarkt seine Bestätigung findet..."[1])

Die empirischen Untersuchungen von *A. Woll* stützen diese Auffassung. Er formuliert das Testergebnis jahrelanger Untersuchungen:

„Die Zentralbank bestimmt – über die Beherrschung der Bargeldmenge – die Entwicklung des Preisniveaus... Für die Erreichung dieses Zieles scheint die Zentralbankgeldmenge nicht geeignet."[2])

Man könnte hinzufügen: Um wieviel weniger dann M 1! *Woll* bestätigt auch *Walker*:

„Der Einfluß auf das Preisniveau kommt von der Bargeldseite her."[2])

Die *Walker*schen Erkenntnisse fußen auf den Ergebnissen eines Planspiels, mit dem die wirtschaftlichen Gegebenheiten im Wege einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nachvollzogen werden können.

In Abb. 6) mag der Zusammenhang nochmals für den Zeitraum von 1950 bis 1976 dargestellt werden. Alles läuft unmißverständlich darauf hinaus:

„Für das Ausmaß der Inflation kommt es in erster Linie darauf an, wieviel Bargeld der Produktionsmonopolist Deutsche Bundesbank ausstößt."[4])

---

1) H. Hoffmann: Die währungs- und wirtschaftspolitischen Einflüsse der *Elemente der Geldmenge* auf die Stabilität der inneren Kaufkraft des Geldes Ha.-Münden 1979, S. 111

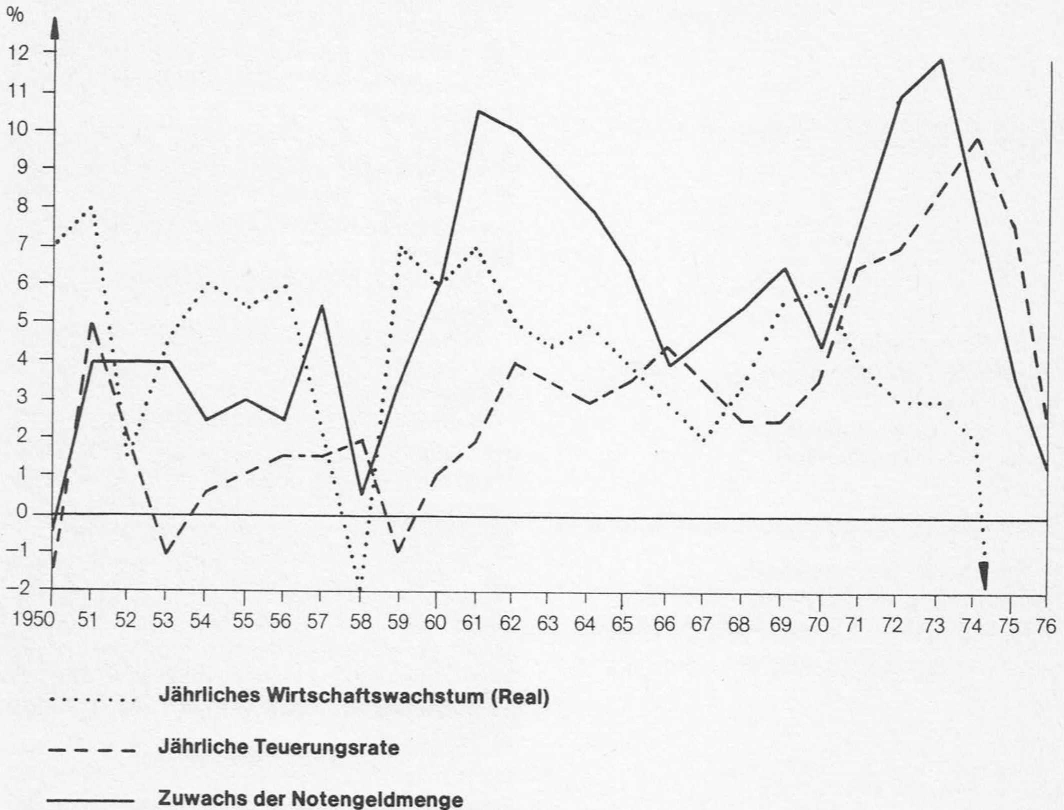
2) A. Woll: Geldmengentest, empirische Beziehungen, Strukturen zwischen den verschiedenen Geldmengen, -größen und der Inflationsrate, in: ZfSö/mtg, a. a. O. Nr. 48/1981, Besprechung von E. Rosenbohm: Geldtechnik unter Änderungszwang, S. 9 f

3) K. Walker: Das Buchgeld, München 1951, S. 9, ders.: Volkswirtschaftliches Planspiel „Walker-Modell" c./o. Sozialwissenschaftliche Gesellschaft (SG) 1950 e. V. Hamburg

4) A. Woll: a. a. O., S. 8

Die Frage nach der Geldmenge, die die Teuerung verursacht, dürfte hiermit also zumindest soweit erörtert sein, daß die offizielle Praxis unsicher werden kann.

Praktische Erfolge stützen die herrschende Lehre nicht



Man muß nicht einmal zum Vergrößerungsglas greifen, um zu sehen, daß unsere Grafik zeigt, wie oft in den vergangenen 25 Jahren der jährlichen Teuerungsrate ein Anstieg des **Zuwachses bei der Notengeldmenge** vorangeht. Die alte Erkenntnis, daß es sich bei Inflation um ein Aufblähen der Geldmenge handelt und die Teuerung von dieser ,,Blähung" herrührt, wird augenfällig bestätigt. Doch zeigt die Grafik ebenso deutlich, wie die Notengeldmenge auch das Absinken der Teuerungsrate beeinflußt, sogar bis zu einem Abbröckeln der Preise. Dann aber wird das jährliche Wirtschaftswachstum in Mitleidenschaft gezogen.

Abb. 6 **Der Zusammenhang zwischen Bargeldmenge, Inflation und Wirtschaftswachstum am Beispiel der Schweiz**

ersch. i. EVOLUTION 7. Jgg., Nr. 11

3.6.3. Die Geldstromregulierung

Wir können nur Geld steuern, was sich bewegt!

Der Handwechsel

- als Entschuldigung für verfehlte Ziele
- und für Inflation

Nicht der Handwechsel,
sondern der Auslastungsgrad des Bargeldes
ist zu steuern!
von 100.– sfr werden im Boom 40,
in der Krise 60 thesauriert!

Nicht das Verhältnis ist wichtig,
sondern seine Veränderung,
denn es bedeutet schwankende Nachfrage!

Eine weitere Unstimmigkeit ist mit der Bewegung des Geldstroms verbunden. Schon früh haben wissenschaftliche Außenseiter ihre Bedeutung erkannt.

„Die Nachfrage wächst im genauen Verhältnis zum Wachstum des Geldbestandes und zur Schnelligkeit des Geldumlaufs."[1]

Die übliche Umschreibung dieser Bewegung ist die des mehr oder minder schnellen Handwechsels des Geldes. A. Burns, ehemals Vorsitzender der Zentralbank in den USA (FED) erwähnt sie

„als unkontrollierbares Regulativ seiner eigenen Entscheidungen."[2]

„Unser ganzes Bemühen (on-target-shooting) wird ... erschwert durch die Umlaufgeschwindigkeit, die Schnelligkeit, mit der jede Geldeinheit bei wirtschaftlichen Handlungen genutzt wird."[3]

Hieraus wird heute offiziell zweierlei gefolgert. Die Bewegung des Geldes ist nicht steuerbar.

„Geld läßt sich nicht kommandieren, welchen Weg es zu gehen hat."[4]

Außerdem bedeutet jeder Handwechsel Nachfrage; eine unbestimmt wachsende Nachfrage bedeutet Inflation; wollen wir sie nicht, muß der Geldumlauf von der Geldmenge her gedrosselt werden.

Zustimmen kann man am ehesten der ersten Folgerung.

Dabei wird aber weniger auf den „Handwechsel" abgestellt, als auf den „Auslastungsgrad der emittierten Geldmenge".[5]

Hoffmann schätzt ihn, je nach Konjunkturlage, auf 40 bis 60%. Das bedeutet, daß von 100 Mark in der Krise 40 Mark umlaufen, im Boom 60 Mark, daß der Unterschied jeweils „Kassenhaltungszwecken" dient, also nicht genutzt wird.[6]

Es ist daher nicht erreichbar, daß man jede Mark auf ihrem Wege festlegt, bzw. kontrolliert. Wohl wäre ein gleichbleibendes Verhältnis innerhalb der Volkswirtschaft zwischen Umlaufgeld und Kassenhaltungsbestand erreichbar und wünschenswert, denn nur auf die Konstanz kommt es an!

---

1) S. Gesell: Die Natürliche Wirtschaftsordnung, Hochheim 1931, S. 176
2) F. G. Binn: Keynes passé – vivat Friedman? Sonderdruck der SG 1978 Hamburg
3) A. Burns: Journal v. 2. 9. 76, S. 1, The Outlook
4) Sachverständigenrat (SVR): Jahresgutachten 1977/78, Teilz. 312
5) H. Hoffmann: a. a. O., S. 75
6) Die Bundesbank spricht irreführend von „Geld im Umlauf". Es ist der Sinn dieser Ausführungen, darauf hinzuweisen, daß eben nur der nicht gehortete Teil umläuft.

Handwechsel ist nicht inflationär, er spiegelt die Wirtschaft!

Nachhaltig bestritten wird die Inflationswirkung des Handwechsels. Jeder wird einsehen, daß es kaum Geldbewegungen gibt, die ohne eine wirtschaftliche Leistung veranlaßt werden. Die Gesamtheit dieser Leistungen ergibt das Handelsvolumen. Eine Inflation ist aber ausgeschlossen, wenn Handelsvolumen (Güterseite oder Angebot) und Bargeld (Geldseite oder Nachfrage) sich entsprechen.

Gesamte Nachfrage entspricht dem gesamten Angebot

Nichts anderes besagt die bereinigte Quantitätsgleichung des Geldes

Bargeldmenge x Auslastungsgrad	= gesamtes Angebot
Handelsvolumen x Preis	= gesamte Nachfrage

Statt des Handwechsels brauchen wir den Auslastungsgrad als Zielgröße!

Ist die Umlaufsgeschwindigkeit kein Handwechsel, ist sie nicht inflationär; es fallen auch alle hierauf beruhenden Geldmengenänderungen fort.

An ihre Stelle müßte die Stabilisierung des Auslastungsgrades treten, denn sein Sinken wirkt de- und sein Steigen inflationär. Ein mögliches Gegensteuern der Zentralbank über die Menge und bzw. oder über den Preis ist unzuverlässig und preisgefährdend, denn es kann sein, „daß sich erhebliche Geldbestände in der Wirtschaft angesammelt haben, die ein konjunkturelles Explosionspotential darstellen".[1]

Buchgeld ist nicht inflationär

Die heute so betonte preisniveaubedrohende Buchgeldschöpfung wird ebenfalls in ihrer inflationsfördernden Wirkung angezweifelt.

„Die Vermehrung der Giroguthaben hat keinen Einfluß auf die Währung".[2]

Kaum eine Buchung ist ohne realen Gegenwert!

Inflation kann nur durch ein Auseinanderklaffen der Geld- und Güterseite, des Gesamtangebots und der Gesamtnachfrage entstehen, also durch einen Verstoß gegen das *Say'sche* Theorem.

Somit ist Buchgeld leistungsgedeckt

Sichteinlagen oder Buchgeld werden aber nicht „irgendwo" hergestellt, gelöst von wirtschaftlichen Tätigkeiten, sondern das genaue Gegenteil ist der Fall. Buchgeld ist sozusagen der Schatten dieser Aktivitäten, die Banken notieren, buchen ihn nur,[3] hervorgerufen wird er durch den homo oeconomicus. So entsteht eine Zwangskopp-

---

1) L. Gleske, Dt. Bbk.: aktuelle Fragen der Geld- und Währungspolitik, Vortr. vor Beiräten der Dresdner Bank AG am 3. 12. 76 in Bremen, unveröff. Manuskript
2) K. Walker: a. a. O., S. 82
3) vergl. auch J. Tobin: Die Banken als „Geldschöpfer", ersch. i. Geldtheorie v. K. Brunner, Basel 1975, S. 100 ff

lung von Geld und Gütern, kein Überhang! Eine Beschneidung des Buchgeldes bedeutet, das Wirtschaften zu erschweren! Denn wenn der Sekundärmarkt in seiner Entfaltung behindert wird, kann die „primäre Preisbildung" keine Bestätigung finden.

Buchgeldsteigerung ist Wirtschaftsaufschwung.

Hinzuzufügen wäre, daß dann aber auch die Zentralbank nicht querschießen darf, indem sie Produktion und Verbrauch von der Geldseite her drosselt.

Gegensteuern heißt Deflation, heißt letztlich Arbeitslose

Produktions- und Konsumstörungen wirken auf den Arbeitsmarkt entsprechend.

3.6.4. Die Summe der Ansätze wirkt auf den Arbeitsmarkt

Auf dem Gebiet der Währung und der Geldpolitik befinden wir uns in der Theorie auf schwankendem Boden. Was auch immer herrschende Lehre und Praxis gegen neue Erkenntnisse einzuwenden haben mag: mit ihren Ergebnissen in der Wirtschaft ist kein Staat zu machen.

Einen nicht geringen Anteil der Arbeitslosen können wir auf die Mängel in Geldtheorie und -politik zurückführen:

- Wir leiten die Wirtschaft über sybillinische Preisniveau-Politik in die Irre. Die Zeche für Fehlkalkulationen zahlen die Arbeitslosen.
- Wir steuern falsche Größen (M1) mit unvollkommenen Methoden (nur Preis- und Mengenpolitik). So gestörte Produktion und so verminderter Konsum wirkt sich direkt auf dem Arbeitsmarkt aus!
- Wir definieren die Bewegung des Geldes – wenn überhaupt – falsch. Damit wird der lediglich deskriptive Umgang mit der Umlaufgeschwindigkeit begründet und der Blick für Möglichkeiten getrübt, die Endnachfrage von Schwankungen zu befreien.

3.7. Die Verstetigung der Endnachfrage

Beträchtliche Konsumschwankungen wirken auf die Beschäftigung

Hier wird die These vertreten, daß der Konsum je nach Konjunktur beträchtlich schwankt. Eine hohe Bandbreite kann nicht zur Festigung der Unternehmenslage, der Investitionen und des Arbeitsmarktes beitragen.

Eine Aussage über diesen Bereich wäre also wünschenswert und hilfreich.

Die Kaufkrafttheorie

Zur obigen Auffassung ist die wohl deutlichste Gegenmeinung in der Kaufkrafttheorie zu finden, wie sie vorwiegend von den Gewerkschaften vertreten wird. In ihr wird unterstellt, daß eine „Einkommensmark" – sei es Lohn- oder Unterstützungsmark – unverzüglich zu einer „Nachfragemark" werde. Insofern stärke eine volle Lohntüte den Gewinn der Unternehmer und die Zinseinnahmen der Kapitalgeber. Alle seien zufrieden.

Dazu stellt die Unternehmerseite trocken fest: „Der Kosteneffekt der Lohnerhöhung wiegt schwerer, als der Einkommenseffekt."[1]

und die Unternehmeransicht

Bei jeweils noch mitzurechnenden 77% Lohnnebenkosten dürfte das den Gnadenstoß für die Kaufkrafttheorie des Lohnes bedeuten.

Es wird nicht behauptet, die Einkommensmark werde überhaupt nicht zur Nachfragemark. Es kommt auf die zeitliche Verzögerung zwischen beiden an. Angesichts der Krisenlage ist es verständlich, wenn der „kleine Mann" seine Sicherheit im Geldbesitz, in der Kassenhaltung sieht. Dem Banksystem mißtraut er a priori. Das Ergebnis:

Die Zeitspanne zwischen Einkommen und Weitergabe ist entscheidend

„Der private Verbrauch erweist sich gegenwärtig als eine der Schwachstellen der Konjunktur."[2]

sie ist heute zu lang

Diesen Rückgang wird man mit mehreren Gründen erklären können:

aus mehreren Gründen

1) Sättigung („brauche nichts mehr")
2) Rückgang der Einkommen („kann nicht mehr")
3) Mentalreservation (Grüne / „wir verschwenden ohnehin zu viel")
4) Attentismus („möchte jetzt nicht kaufen")
   a) aus Pessimismus
   b) aus Sicherheitsbedürfnis
   c) aus Unkenntnis gesamtwirtschaftlicher Zusammenhänge
5) Liquiditätspräferenz (Bargeld ist schön)

Die Gründe überschneiden sich sicher. Sie zu erfassen dürfte sehr schwierig sein. Wir fußen allenfalls auf dem Beweis des ersten Anscheins. Mit Ausnahme des Punktes 2) ist ihnen aber allen stillgelegte oder tote Nachfrage gemeinsam.

„Sobald irgendwo... Geld versickert, d.h. gehortet wird, und eine geringere Produktmenge nachgefragt wird, ... entsteht Arbeitslosigkeit."[3]

Alle Gründe führen zu verminderter Nachfrage

Die Gesamtwirkung der verminderten Nachfrage schlägt sich nieder im „Auslastungsgrad der ausgegebenen Bargeldmenge."[4] Auch hier befinden wir uns noch auf unsicherem Grund. Die für die Schweiz vorliegende Schätzung wird hier übernommen. Dabei wird gegeneinander aufgerechnet,

gemessen am Auslastungsgrad der Bargeldmenge

1) Institut d. Dt. Wirtschaft: Informationsdienst IWD II/83 S. 1
2) IWD VI /81 S. 1
3) C. H. Binswanger: a. a. O., S. 12
4) H. Hoffmann: a. a. O.

Schweizer Schätzungen können übernommen werden

● daß der Thesaurierungsgrad in der Schweiz wegen der Geldwertstabilität und der Wertschätzung des Frankens im Ausland hoch ist,

wohingegen für einen hohen Hortungsbestand in der Bundesrepublik spricht,

● daß wir eine wesentlich schlechtere allgemeine Lage mit ihrer verunsichernden Wirkung auf die Bevölkerung vorfinden.

Emission 100 sfr	I Boom	II Krise
a Umlauf incl. Sparen	60	40
b Kassenhaltung Thesaurieren	40	60

immer noch steigende Einkommen

Es soll versucht werden, die Schätzungen noch genauer einzuengen. Aus dem letzten Sondergutachten des Sachverständigenrates (SVR) geht eine abnehmende Steigerung der verfügbaren Haushaltseinkommen hervor. Dennoch geht der Konsum weiter in den Minusbereich.

mit steigendem Kaufkraftgewinn und gering steigender Sparquote führt zu weiterem Nachfragerückgang

Verfügbare Einkommen d. Haushalte	Stabilitäts- u. Kaufkraftgewinn		Privater Endverbrauch	Sparquote[1]
+ 5,7	1,0	1981	– 1,2	13,6
+ 4,0	0,5	1982	– 1,5	14,0
+ 2,0	1,0	1983	– 1,0	–

Der Geldkreislauf ist gestört

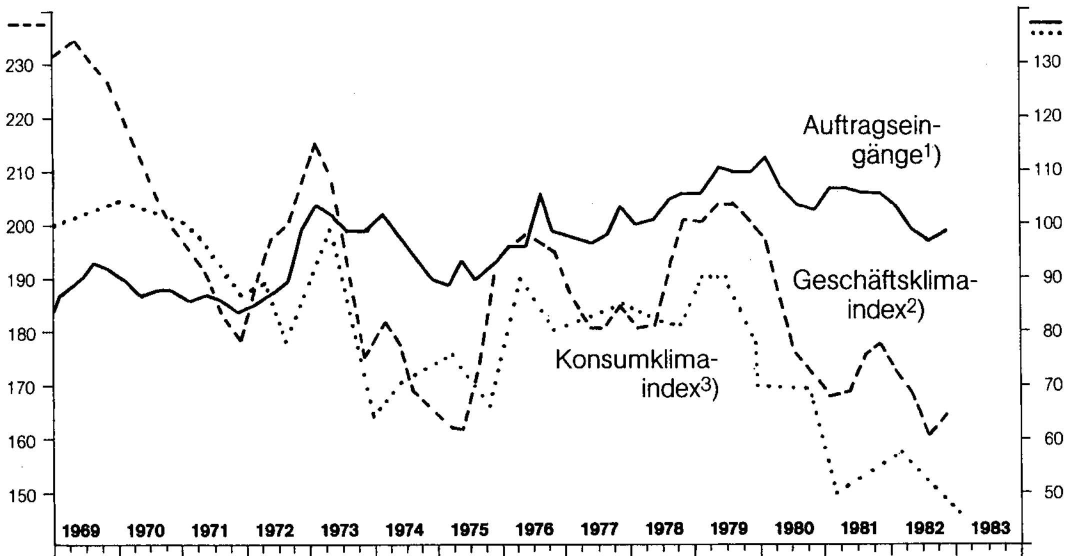
Die Schlußfolgerung lautet also:

Der Konsum hätte wegen der steigenden verfügbaren Einkommen und der Kaufkraftgewinne steigen müssen. Die leicht gestiegene Sparquote steht dieser Folgerung nicht entgegen. Ein Rückgang der Endnachfrage kann somit nur durch die fünf angeführten Gründe verursacht sein, d. h., es wird mehr gehortet und vorsichtiger disponiert unter Umgehung des Geldkreislaufs.

Der Konsumneigungs-Index

Eine genauere Vorstellung über die Verbrauchereinschätzung und das Konsumverhalten bietet der Konsumklima-Index (KKI). Er wird erstellt von der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik an der Universität Köln in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Konsumforschung in Nürnberg im Auftrag der EG-Kommission.

1) G 4545



1) **Auftragseingänge der Industrie:** Saison- und preisbereinigt (1976 = 100).
2) **Ifo-Konjunktur-Barometer „Geschäftsklima":** Beurteilung der Geschäftslage und der Erwartungen für die jeweils folgenden 6 Monate durch die Unternehmen.

Es ist erstaunlich, wie sich die Einschätzungen der Unternehmen und der Verbraucher bezüglich der Wirtschaftslage entsprechen, dies besonders, weil z. B. die Unternehmen angesichts der momentanen Auftragslage kaum Grund zum Schwarzsehen haben.

Abb. 7 Quelle: Der Konjunkturtrend, Ausg. II/83 d. Dresdner Bank AG
ergänzt um den Konsumklima-Index (1968/70 = 100)

Ermittelt werden
- die Einschätzung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage, momentan und zukünftig
- die Vergangenheitsbeurteilung
- die Einschätzung der eigenen finanziellen Haushaltslage, jetzt und zukünftig
- die Erwartungen bezüglich des Arbeitsmarktes
- die Erwartungen zur Preissituation

stützt die bisherigen Thesen und Schätzungen

Ergebnis der letzten Forschungen:

„Der KKI der Verbraucher hat sich seit dem Sommer dieses Jahres wieder rapide verschlechtert." (1968 / 1970 = 100, 1982 = 45,1)

Der KKI ist sicher als Beweis im Analogieschluß zulässig für die Wirkungsgrad-These von *Hoffmann* und für die fünf heterogenen Gründe des Konsumrückganges, auch wenn keine deckungsgleiche Analyse vorliegt.

Allein die Höchst- und Niederstwerte des KKI – März 1969 = 105 / Dez. 1982 = 45,1 – untermauern die Feststellung (vergl. Abb. 7)::

„Die Verbrauchsnachfrage ist gegenwärtig die ‚Zittergröße' der konjunkturellen Entwicklung."[1]

Hinzufügen könnte man noch, daß sie es heute mehr denn je ist.

Gocht stellt die Forderung auf:

„Der Wunsch oder die Neigung zum Verbrauch muß groß genug sein, um alle produktiven Kräfte direkt und indirekt in Anspruch zu nehmen."[2]

Am gestörten Geldkreislauf
hat jeder mitgewirkt, auch der Arbeitslose.

Der Arbeitslose hat einen weiteren Verursacher für seine Lage: Die eigene, unzureichende Nachfrage. Erinnern wir uns: Nachfrage ist „Geld im Umlauf". Wünsche allein genügen so wenig, wie Geld, welches verschatzt wird, weil der Wunsch nach Ausgabe unterdrückt wird.

Der SVR beschreibt den Konstruktionsfehler der Geldpolitik

In verschiedenen Guchtachten hat sich der Sachverständigenrat mit der vorliegenden Problematik befaßt.

„In einer Geldwirtschaft gibt es eine Garantie gegen Gleichgewichtsstörungen nicht, ... denn ... Einkommen muß nicht Nachfrage werden."[3]

„Geld läßt sich nicht kommandieren, welchen Weg es zu nehmen hat."[4]

„Es bleibt zu viel passives Geld in den Kassen der Haushalte, der Unternehmungen... Das vorhandene Geld wird weniger häufig für Ausgaben genutzt."[5]

---

1) IDW VI/81, S. 7
2) R. Gocht: Kritische Betrachtungen zur nationalen und internationalen Geldordnung, Veröff. d. Inst. f. empir. Wirtschaftsforschung, Bd. 15, S. 35, Berlin 1975
3) SVR JGA 81/82 Teilz. 301
4) SVR JGA 77/78 Teilz. 312 f
5) F. G. Binn u. C. H. Jannssen: Abbau der Arbeitslosigkeit, JGA 77/78, Teilz. 408/314 zit. i. Ztschr. f. Soz.ökonomie – mtg – Nr. 36/37 1978

Es mag die Frage erlaubt sein, wieviel Opfer noch gebracht werden müssen, bis wir uns mit der Steuerbarkeit des Geldkreislaufes im hier beschriebenen Sinn befassen?

Wieviel darf ein politisch ungelöstes Problem kosten?

Aus den Darstellungen des Verbraucherverhaltens ist die weitgehende Übereinstimmung mit dem Problem des Bargeld-Auslastungsgrades ersichtlich.

Verbraucherverhalten und Geldnutzung sind teilweise deckungsgleich.

Beide Kreise berühren wiederum den einer möglichen Beeinflussung des Inflationsvorganges. In welchem Ausmaß dieser in der Arbeitslosigkeit mündet, wurde erörtert. Jetzt erkennen wir, daß es weitere Zuträger für dieses Kardinalproblem gibt.

Der Inflationsprozess überlagert sie.

Alle Probleme münden in der Arbeitslosigkeit

3.8. Der Staatshaushalt: Schuldendienst oder Sozialaufwand?

Aus Darstellung 6) ist die Gesamtverschuldung der deutschen Volkswirtschaft mit einer Verschuldungsquote von 17,2% errechnet und dargestellt. Auch die Verschuldung der einzelnen Wirtschaftsbereiche ist erkennbar. Insgesamt ergibt sich auch die seit 1950 ständig ansteigende Mehrung des Volkswohlstandes.

Gesamtverschuldungsquote: 17,2%

Innerhalb dieses Rahmens ist die Verschuldung des Staatshaushaltes zu sehen. Befürchtungen sind bis hierher nicht am Platze.

Berücksichtigt man aber, daß der Staat sich in den letzten zwölf Jahren um 389% verschuldet hat, so kann man hier die ersten Bedenken anmelden. Weitere Befürchtungen sind angebracht, wenn man die wachsenden Verpflichtungen aus dem Zins- und Tilgungsdienst mit einrechnet.

Wir könnten uns bonitätsmäßig noch mehr verschulden.

„Allein der Zinsendienst wird Ende dieses Jahres rund 60 Mrd. DM betragen. ...Die Neuverschuldung reicht kaum aus, um die jährliche Zinslast zu tragen."[1])

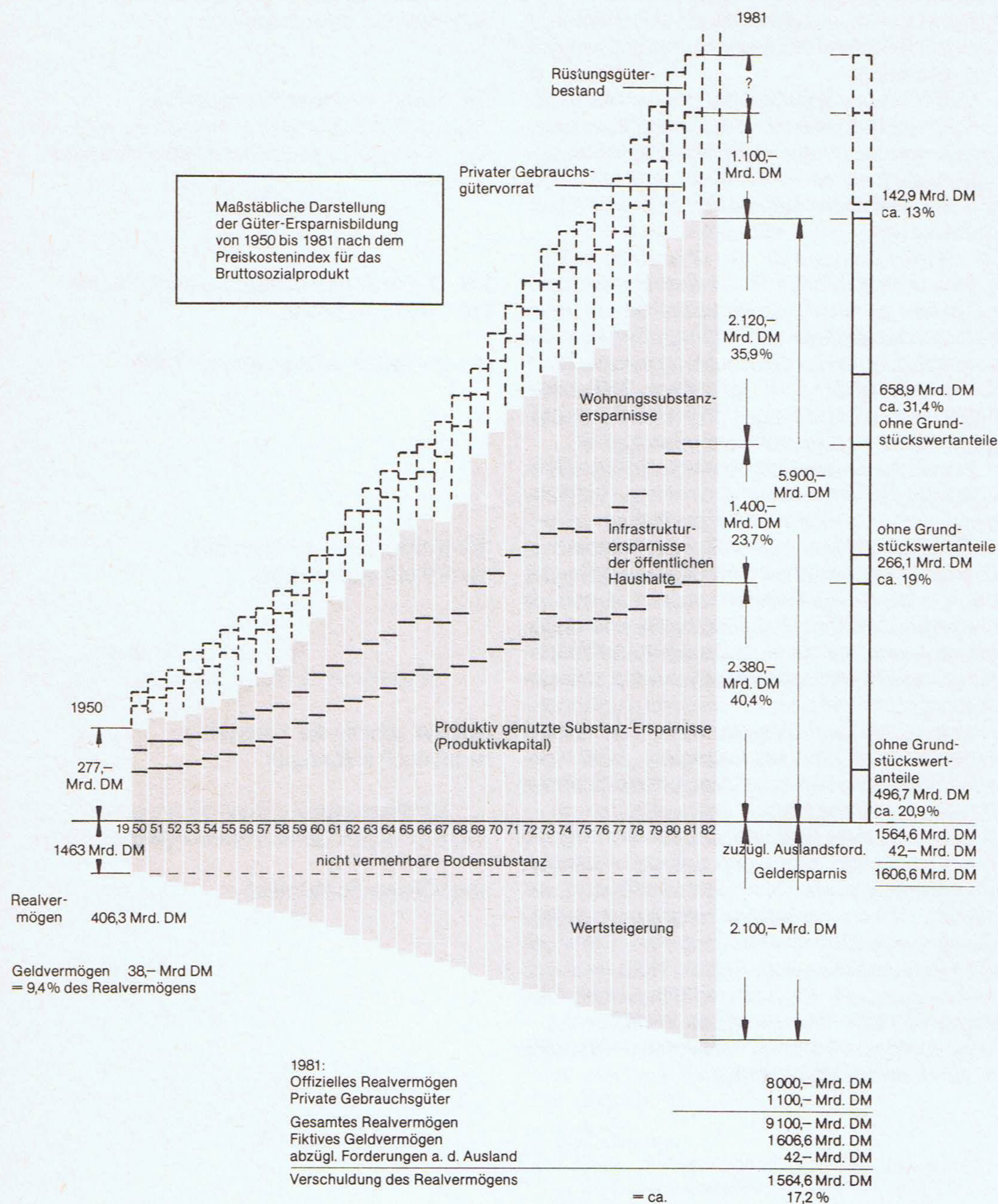
aber wir können die Annuitäten kaum noch aufbringen

Hier muß man hellhörig werden: Von Tilgung keine Spur, von Zahlungen aus dem üblichen Steueraufkommen auch nicht, zusätzlich das Wissen um die noch verminderten Steuereingänge gegenüber der Vergangenheit. Um das Maß vollzumachen: das Soziale Netz wird weit mehr strapaziert, als in der Vergangenheit. Das Ergebnis heißt dann weniger Bonitätskrise – angesichts des beachtlichen Volkswohlstandes – sondern Liquiditätskrise.

angesichts geringerer Steuereingänge

und höherer Soziallasten

1) BK H. Kohl i. Reg.erkl. v. 13. 10. 82 in: DAS PARLAMENT Nr. 42, S. 1



Darstellung 6 © F. G. Binn und P. Fischer

Alle Lösungsmöglichkeiten,
die heute zur Diskussion stehen,
sind problemsteigernd

Als Lösungsmöglichkeiten bieten sich an:

- Einsparungen,
- Steuererhöhungen,
- weitere Kreditaufnahme,
- Währungsreform,
- Kombinationsmöglichkeiten.

Jede 4. Mark ist eine Transfermark

In den letzten zwölf Jahren stiegen die Sozialleistungen um 204%.

„Heute stammt jede vierte Mark aus öffentlichen Kassen."[1]

Einsparungen treffen die Minderbemittelten

Insofern könnte man die Einsparungen im Sozialbereich hinnehmen. Bedenkt man aber, daß diese Einkommen zum Besitzstand derjenigen geworden sind, die ohnehin nicht auf der Sonnenseite des Systems stehen, daß ihnen ferner besonders die Schattenseiten der Arbeitslosigkeit drohen, dann muß man die Sache in einem anderen Licht sehen.

Wenn dennoch 6,5% des Sozialetats gestrichen wird,

führen zu negativen Multiplikatorwirkungen

dürfte das in Ergänzung all der bisher aufgezählten Schwierigkeiten über die Multiplikatorwirkung fatal auf die Nachfrage und damit auf den Arbeitsmarkt wirken. Diese Einsparungen dürfen nicht punktuell und nicht statisch gesehen werden.[2] Die Minderung der Gesamtnachfrage wird weit über das beabsichtigte Maß hinausgehen, denn wir haben es mit einer sich fächerartig ausbreitenden, stets schwächer werdenden Wellenbewegung unterlassener Ausgaben in der Volkswirtschaft zu tun.

erhöhen die Zahl der zu Unterstützenden

„Jede zunächst eingesparte ... ‚Konsolidierungsmark' erhöht tendenziell die Arbeitslosigkeit..., bedeutet letztlich neue Transfermark."[3]

Wegen des „Diktats der leeren Kassen" dürfte hier aber ein Ende abzusehen sein.

Steuererhöhungen sind Rohrkrepierer.

Weitere Steuererhöhungen in einem ohnehin kontraproduktiven Steuersystem sind zweckwidrig. Sie beeinträchtigen außerdem die Arbeitsfreude und mindern ihr Ergebnis. Es wird nicht leichter, wenn man dem Bürger nur die Begründung geben kann, frühere Versprechungen seien heute Irrtümer!

---

1) IWD: Argum. z. Wirtsch'fragen 76/77, S. 9
2) vergl. F. L. Sell: Zur Interdependenz von Konsum- und Multiplikatortheorie, Bd. 16 d. Inst. f. Allg. Wirtsch'Forschung, Freiburg 1983
3) BfG.: Wirtsch'Blätter, 29. Jgg., 12/81, S. 1

Lehren aus 1931

Die *Luther-Brüning*'schen „rigorosen Spar- und Kürzungsverordnungen vom 8. 12. 1931, mit denen versucht wurde, die öffentlichen Ausgaben den sinkenden Steuereinnahmen anzupassen"[1])
sind heute als Zwangsfolgen der Golddeckung nicht mehr im Gespräch. Aber eine damalige Belebung toter Kapazitäten über Geldmengenausweitung verbietet sich in Zeiten von Restinflation ohnehin.

Das Jammertal der zu konsolidierenden Staatsfinanzen

So wird uns der Weg ins Jammertal der zu konsolidierenden Staatsfinanzen kaum erspart bleiben. Eine deutliche Trennung von öffentlichen Ausgaben wäre aber wünschenswert. Es bietet sich jetzt eine Gelegenheit, die parteipolitisch gezüchtete Sozialimitation von den Ausgaben für echte Sozialverantwortung zu trennen.

Weitere Kreditaufnahme vergrößert die Fundamentalprobleme

Eine weitere Kreditaufnahme zählt ebenfalls nicht zu den empfehlenswerten Maßnahmen. Fundamentalkritisch ist anzumerken,
„daß alle Zinsversprechen sachlich unhaltbar sind, und jedes Wirtschafts- und Währungssystem auf Dauer immer unstabiler werden muß, das mit einem solchen Versprechen arbeitet."[2])

Währungsreform als letzter Ausweg?

Währungsreform ist in der Bundesrepublik wegen trüber Erfahrungen ein Wort, gegen das politisch schon gewettert wird, wenn es nur gedacht wird. Das ändert nichts daran, daß namhafte Wirtschaftspublizisten ernsthaft von einer solchen Möglichkeit ausgehen.[3])

Wenn uns kein durchgreifendes Konzept einfällt, dürfte diese Annahme berechtigt sein. Sollten wir aber dann immer noch alten Wein in neue Schläuche füllen, ist das nächste Desaster schon wieder vorprogrammiert.

Die Fortentwicklung der Europäischen Währung als Dynamische Doppelwährung?

Somit sei hier zunächst die Möglichkeit erwähnt, den alten Vorschlag einer „Dynamischen Doppelwährung"[4]) zu verknüpfen mit den heute bestehenden Regelungen bei der Europäischen Verrechnungseinheit „ECU".[5]) Die Kombination entspräche voll dem Gedanken und den Anforderungen an eine Europäische Währungsunion, was neuen Wein in neuen Schläuchen bedeuten würde.

---

1) J. Hüwe: Falsche Geldpolitik – fatale Folgen, in: ZfSö / mtg Nr. 56 S. 3
2) H. Creutz: a. a. O.
3) vgl. P. C. Martin: Wann kommt der Staatsbankrott ? 1982, insbes. S. 1 – 140
4) vgl. Th. Christen: Das Geldwesen, ein dynamisches System, ersch. i. d. Annalen d. Dt. Reiches, 1917 und W. Aden: Währungs-Chaos – Währungs-Ordnung, Nr. 122X / 76 von „Fragen der Freiheit" Koblenz
5) vgl. Komm. d. EG: Dok. z. Europ. Währungssystem, Nr. 12 VII / 82, S. 39 ff

Es wird deutlich, daß Vorschläge von „Einsparung" bis „Währungsreform" keine Lösung bringen, sondern die zu Anfang geschilderte Problematik des magischen Punktes Arbeitslosigkeit noch vergrößern.

Arbeitslosigkeit sinkt nicht

Welchen bescheidenen Streifen im allgmeinen ökonomischen Katastrophengebiet die heute zu Diskussion stehenden Hilfsprogramme bieten, dürfte ebenfalls deutlich geworden sein.

Zinsendienst vor Sozialdienst!

Bei der Wahlmöglichkeit Schuldendienst oder Arbeitslosenunterstützung – einschließlich der notleidenden Rentversicherung – wird man sich für die vorher eingegangenen Verpflichtungen entscheiden müssen.

Natürlich sind diese Feststellungen nur vertretbar vom Standpunkt einer nicht konformen Wirtschaftsauffassung. Der verehrte Leser wird daher um Nachsicht bei den folgenden Vorstellungen gebeten.

4.0. Das neue Konzept der kreislauforientierten Wirtschaftspolitik

„Fragen", sagte er seinen Räten,
„sind ein Beweis, daß etwas nicht klar ist:
widerlegen Sie mir das".
... Er meinte einfach damit,
daß das Entstehen so vieler Gedanken
und Redereien im Lande auf gewisse
innere Schäden hinwies:
Das Land war krank.
(B. Brecht: Vier Reisen)

Die Bewegung des Geldkreislaufs

mit Wirkung auf Investition und Verbrauch

senkt die Arbeitslosigkeit

Die Grundabsicht besteht darin, den Geldkreislauf nachhaltig günstig zu beeinflussen. Maßnahmen in diesem Sinne setzen mehr oder weniger Mittel frei, für deren Verwendung es in Erweiterung des obigen Grundsatzes darauf ankommt, den gesamten Wirtschaftskreislauf marktwirtschaftlich anzuregen, vorwiegend aber zunächst die Katastrophengebiete des Investitions- und Arbeitsmarktbereiches zu sanieren. Indem wir eben diese Maßnahmen vornehmen, schwindet schließlich die Arbeitslosigkeit. Die Privatwirtschaft hat sich mit Vergnügen des brachliegenden Arbeitspotentials bemächtigt und so den Gesamtprozeß noch weiter gefördert.

Voraussetzung nach Keynes:

Im *Keynes*'schen Sinne muß vorher die „Abneigung derer, die Geld besitzen," überwunden werden, so daß sie sich davon trennen.

Zinsbelohnung

Das bisherige Verfahren bot ihnen als Entschädigung für die Freuden der Kassenhaltung die Zinsbelohnung. Es ging von der Vorstellung aus, Geld sei privates Besitzmittel, seine Verschatzung legitime Möglichkeit.

Gegenthese:

Im neuen Konzept geht man aus von der Auffassung, Geld sei das Blut des Wirtschaftsorganismus; jeder könne teilnehmen, aber keiner private Ansprüche stellen. Geld als soziales Instrument wäre demnach auch einem öffentlichen Transportmittel vergleichbar, welches Güter von A nach B schafft. Es zu privatisieren und so aus dem Verkehr zu ziehen, muß gesellschaftliche Folgen haben, die man nicht belohnt, sondern unterbindet.

Geldhortungstaxe (GEHT)

Es ist heute für die Volkswirtschaft und für die Gesellschaft eine Existenzfrage, den Umlauf der Zahlungsmittel in einem geschlossenen Kreislauf zu erreichen *(J. B. Say, J. P. Proudhon)*. Diese Forderung hat Vorrang vor dem privaten Wunsch nach uneingeschränkter Kassenhaltung.

4.1. Das Erhebungsverfahren

Geldhortungstaxe (GEHT)

Jeweils am Monatsende wird auf alle Banknotenbestände eine Geldhortungs-Taxe (GEHT) erhoben. Kleinere Beträge werden per Automaten, größere über den Bankenbereich besteuert. Die GEHT beläuft sich auf x % des Banknoten-Nennwertes. Sie ist vom Inhaber im In- und Ausland zu entrichten, wenn die Banknote im deutschen Währungsbereich Gültigkeit behalten soll.

als technische Aufgabe

Grundsätzlich ist es eine Ingenieuraufgabe, die GEHT technisch durchführbar zu machen.[1]) Nur hilfsweise sei hier angedeutet, daß man jede Bank, jede Parkuhr mit einem Münz- und Stempelautomaten versehen könnte. Die GEHT-Kontrolle geschieht dann durch jeden Gläubiger, der eine Barzahlung empfängt, und der den Geldschein so genau betrachtet, wie der Bahnkontrolleur die Fahrkarte.

Einlagensteuer (ES) auf Buchgeld?

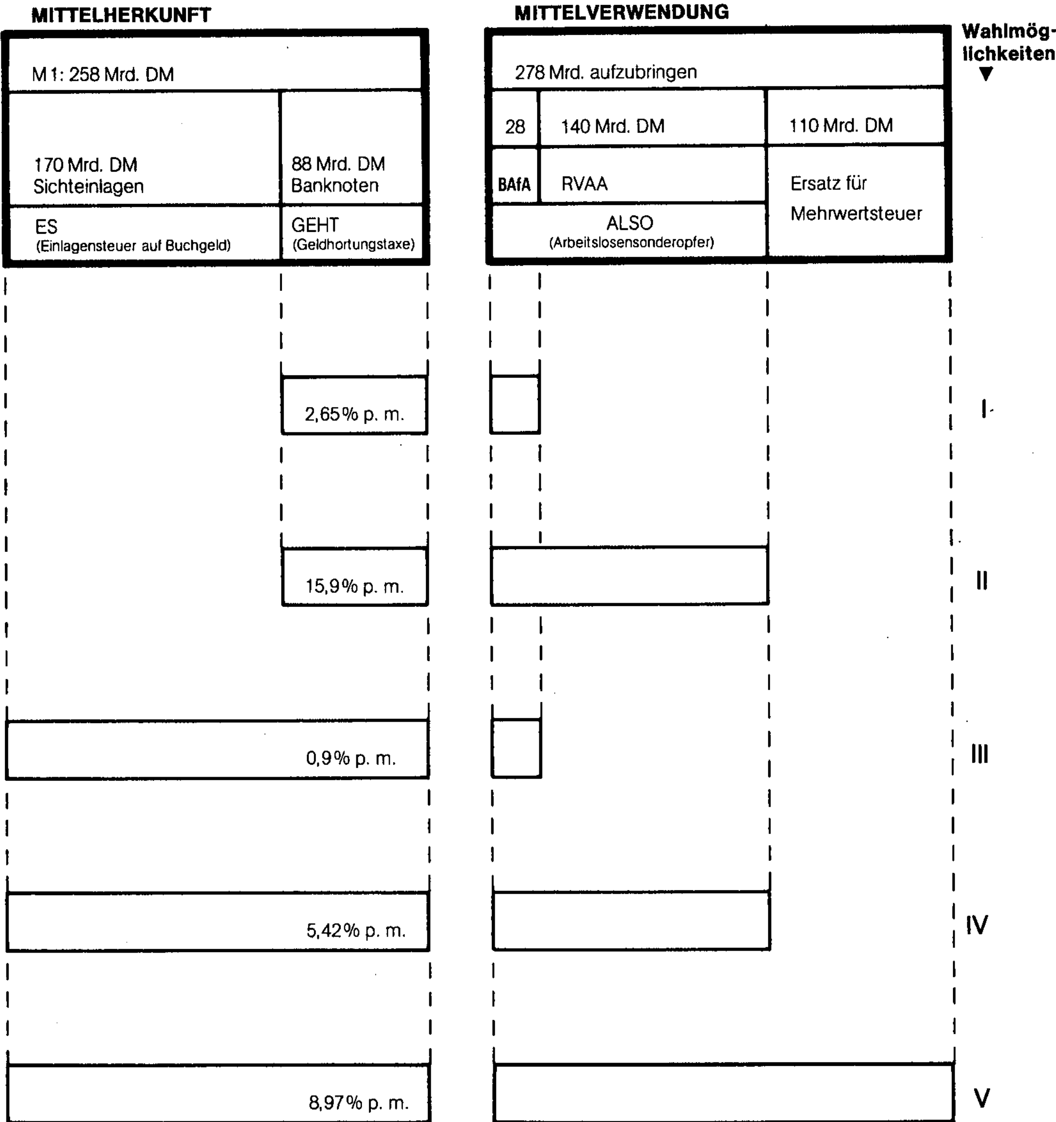
Für den Fall, daß Gründe dafür sprechen, auch das Buchgeld zu besteuern, dürfte das als buchungstechnischer Vorgang im Bankwesen keine Probleme aufwerfen.

1) vgl. K. Walker: Die Technik der Umlaufsicherung des Geldes, Heidelberg 1952

4.2. Das Minimalkonzept und seine Erweiterung

3% GEHT erbringt die Arbeitslosen-Unterstützung als Arbeitslosensonderopfer (ALSO)

Die Wahlmöglichkeit I in Darstellung 7 zeigt den Umfang des Vorhabens an. Die Besteuerung der Banknoten soll die Mittel für die Arbeitslosen-Unterstützung aufbringen. Mit einem Satz von ca. 3% wäre das erreichbar. Er wäre sehr wahrscheinlich der Bevölkerung als Arbeitslosensonderopfer (ALSO) auch nahe zu bringen. Die freiwilligen Gehaltskürzungsangebote „zur Sicherung von Arbeitsplätzen" konnten in der Vergangenheit wegen praktischer Undurchführbarkeit keine Wirkung erzielen. Mit der GEHT könnte der St.-Martins-Effekt kanalisiert werden.



Darstellung 7 **Politische Wahlmöglichkeiten bei einer unterschiedlichen Belastungsquote der Zahlungsmittel über Einlagen-Steuer (ES) und Geldhortungs-Taxe (GEHT) bei unterschiedlicher Mittelverwendung.**

Wirklichkeitsbezogenes Denken läßt uns aber Ausschau halten nach den Umgehungsmöglichkeiten, derer sich viele dann bedienen werden. Die Flucht ins Buchgeld fände statt. Sie hätte dort ihre Grenze, wo die Unbequemlichkeit des Verfahrens durch Gebühren und Formulare der Unbequemlichkeit der GEHT entspräche. Selbst, wenn man durch moralische Appelle (moral suasion) die Flucht einzudämmen suchte, bliebe doch das Risiko bestehen, das geplante Mittelaufkommen nicht zu erreichen.

Flucht ins Buchgeld

Insofern mag aus Darstellung 7 die Wahlmöglichkeit III erörtert werden. Wenn die 28 Mrd. DM für die Nürnberger Anstalt nicht allein von den 88 Mrd. Banknoten – und ggf. ihrer Minderung – aufgebracht werden müßten, sondern M 1 in Höhe von 258 Mrd. herangezogen werden könnten, wäre

1. eine Umgehung ausgeschlossen
2. ein niedrigerer Belastungssatz möglich.

M 1 besteuern

Die Differenz könnte über eine Einlagen-Steuer (ES) aufgebracht werden, sodaß 1% ES/GEHT erhoben werden müßten.

mit 1% monatlich erbringt die Sicherung der BAfA und der RVAA

Zwei Überlegungen dürfen aber nicht vergessen werden: Zunächst ist eine GEHT von 1% monatlich kaum ausreichend, um im Bereich der Banknoten Umlaufsicherheit zu garantieren.

contra:

Ferner darf nicht vergessen werden, daß die bisherige Argumentation allein auf den Banknotenbereich zielte. Wenn nun die Sichteinlagen ebenfalls belastet werden sollen, muß eine triftige Begründung vorliegen.

Nun ist es nicht einzusehen, warum die Aufwendungen der Bundesanstalt für Arbeit (BAfA) in das ALSO einbezogen werden sollen, und die der Rentenversicherung für Arbeiter und Angestellte (RVAA) nicht. Letztere ist durch die geringen Reserven von 0,2 Monatsbeiträgen zwischen Eingang und Auszahlung ebenfalls ernstlich gefährdet. Wird das ALSO auf diese Weise erweitert, müssen Mittel in Höhe von 168 Mrd. aufgebracht werden.

pro:

Hierfür ergäbe sich Wahlmöglichkeit II und IV aus Darst. 7). Eine Bargeld-Taxe von ca. 16% dürfte auch dann problematisch sein, wenn man berücksichtigt, daß es nur die trifft, die die Mittel haben; ferner nur in einem solchen Maß, wie sie über thesaurierte Banknotenbestände verfügen.

GEHT an der Zumutbarkeitsgrenze

Würde hingegen M 1 als Gesamtheit der Zahlungsmittel belastet, könnten die benötigten 168 Mrd. von 258 Mrd. erbracht werden, und dies zu einem Satz von rd. 5,5% ES/GEHT.

M1-Steuer von 5,5% sichert das Soziale Netz vollständig

Haushalte mit geringen Einkommen werden im übrigen durch das neue Konzept weniger belastet, als durch heutige Ersatzverfahren.

4.3. Das Maximalkonzept: ES GEHT ALSO ohne Mehrwertsteuer

Die Beseitigung der Mehrwertsteuer

M1-Steuer von 9% sichert das Soziale Netz und ersetzt das Aufkommen aus der Mehrwertsteuer

Es wird auf die Ausführungen unter Kapitel 3.3. verwiesen. Von allen kontra-produktiven Steuern, die heute erhoben werden, ist die Mehrwertsteuer an erster Stelle zu nennen. Sie ist von der Idee her genau das Gegenteil der GEHT. Darum liegt es nahe, die Mehrwertsteuer im neuen Konzept fallenzulassen und durch die M1-Steuer (ES GEHT) zu ersetzen. Bei einem Satz von rd. 9% könnten die benötigten Mittel aufgebracht werden.

4.4. Die Mittelverwendung

In Darstellung 7) werden die Wahlmöglichkeiten aufgezeigt, die politisch verwirklicht werden können.

Die Geldbenutzungsgebühr sichert das Soziale Netz, ersetzt die Mehrwertsteuer und garantiert den sicheren Geldkreislauf ohne Inflation.

Es ist das Wesen des neuen Konzeptes, die Arbeitslosigkeit mit genau den Mitteln zu beseitigen, die zur Unterstützung der Arbeitslosen gezahlt werden. Insofern stellt sich die Frage nach der Mittelverwendung, wenn die Zahlungen der Nürnberger Anstalt sinken.

An eine Verminderung des Aufkommens sollte nicht gedacht werden, weil der Geldkreislauf weiterhin stabilisiert werden muß.

Die Arbeitslosigkeit wird abgebaut

Wir können anstreben, mit den freiwerdenden Geldern den Staatshaushalt oder die Umwelt zu sanieren. Angesichts der Gefahr, die sich aus nicht mehr umkehrbaren Entwicklungen ergibt (saurer Regen zerstört die Bergwälder, Erosion als Folge ist irreversibel), werden wir dem Umweltschutz wohl das Hauptaugenmerk widmen müssen.

Spätere Mittel-Verwendung für Umweltschutz und Staatshaushalt

Da die staatliche Finanzkrise ja nur ein Liquiditäts- und kein Bonitätsproblem darstellt, ist sehr wohl einzusehen, daß die kommende Generation einen Teil der Lasten abträgt, die zwar heute entstanden sind (vgl. Darst. 5: Infrastruktur; z. T. Wohnungsbausubstanz, z. T. private Gebrauchsgüter), deren Nutznießung sie aber noch haben wird.

Umweltschutz vor Schuldentilgung

Insofern muß die Rangfolge lauten: Umweltschutz vor Schuldentilgung!

4.5. Die Wirkungen

4.5.1. auf das Steuerobjekt

Sind weitere Belastungen zumutbar?

Bei der hohen durchschnittlichen und noch höheren marginalen Steuerbelastung scheint die Frage nach Zumutbarkeit weiterer Belastungen gerechtfertigt. Die Antwort darauf ist vielfältig.

Wen treffen sie?

Zunächst trifft die Belastung alle, die am Monatsende noch über Banknoten bzw. Sichteinlagen verfügen, und zwar entsprechend ihrem „Vorrat" an M1. Soweit die Zahlungsmittel weitergegeben wurden, entfällt die Belastung. So erspart die Konsumausgabe oder das Sparkonto, welches nicht zu den Sichteinlagen zählt, die Besteuerung.

Ausweichstrategie volkswirtschaftlich erwünscht

Bei den mittleren Einkommen dürfte sich eher eine geringere, als höhere Belastung ergeben, wenn man Darst. 8) Wahlmöglichkeit V betrachtet.

Wahl-möglich-keiten	Ist-Zustand		Soll-Zustand		Belastung bei Kassenhaltung in bar in % vom Einkommen: 100%	50%	33%
I	5% Inflationsrate p. a.	8,–	Inflationsrate 3% ALSO	–,– 60,–	60,–	30,–	20,–
II	5% IR 19% SozVers.	8,– 380,–	IR 19% ALSO	–,– 380,–	380,–	180,–	125,–
III	5% IR	8,–	IR 1% ALSO	–,– 20,–			
IV	5% IR 19% SozVers.	8,– 380,–	IR 6% ES/GEHT	–,– 120,–	keine Ausweichmöglichkeit in Buchgeld		
V	5% IR 19% SozVers. 13% MWSt v. 1500,–	8,– 380,– 195,–	IR 9% ES/GEHT	–,– 180,–			

Darstellung 8

Vergleichende Darstellung der unterschiedlichen monatlichen Belastung eines Empfängers von 2000,– DM versteuertem Einkommen bei den Wahlmöglichkeiten I – V

Individuelle Belastung heute und unter „ES GEHT ALSO ohne Mehrwertsteuer".

Für die noch Begüterten ist Darstellung 6) aufschlußreich. Seit 1950 ist die materielle Grundlage für unsere Lebensqualität um das 33fache gestiegen.

Das auf das 33fache gestiegene Totalvermögen

	Volkswirtschaftliches Totalvermögen	umgerechnet pro Kopf
1950	277 Mrd. DM	4616,– DM
1981	9100 Mrd. DM	155166,– DM

Die Haushalts-Einkommens-Relationen: 1 : 200

Man kann den Zusammenhang auch von einem anderen Blickwinkel her erkennen. Unterteilen wir die 22 Millionen Haushalte in zehn Gruppen, dann ergibt sich zwischen der ersten ärmsten und der letzten reichsten Haushaltsgruppe ein Einkommens- und Vermögensunterschied von 1 : 200!

Die Relation menschlicher, ökonomisch verwertbarer Fähigkeiten: 1 : 5

Der Psychologe *Hofstätter* hat die Streuung in den menschlichen Fähigkeiten, die ökonomisch verwertbar sind, mit 1 : 4 bis 1 : 6 beurteilt. So liegt der Schluß nahe, daß 1 : 200 nur über den in Kapitel 3.5.3. erwähnten Umverteilungsmechanismus des Zinses erklärt werden kann.

Woher kommt der Unterschied?

Faßt man zusammen, so kann man die Belastung durch das neue Konzept über sinnvolles Verhalten marktwirtschaftlich vermeiden. Teil-

„ES GEHT ALSO" als Sozialausgleich ist zumutbar!

weise dürften die Lasten heute sogar höher sein. Der Reichtum, in dem wir inzwischen leben, läßt auch objektiv eine weitere, sinnvolle Belastung zu. Man kann es durchaus als einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit verstehen, wenn man bedenkt, daß die ES/GEHT in gewisser Weise den umverteilenden Zinsmechanismus korrigiert und dabei die Bevölkerungsgruppen härter trifft, die bisher von Arbeitslosigkeit und Krise am wenigsten berührt wurden.

4.5.2. Wirkungen auf die Volkswirtschaft

GEHT ist der Inflationsersatz mit positiven Wirkungen

Geldmengen- und -stromregulierung sichert den konstanten Index der Lebenshaltungskosten (nicht der Einzelpreise!)

Abschied von der Zinspolitik

In Kapitel 3.6. wurde herausgestellt, daß die GEHT stabilisierend auf den Geldkreislauf wirkt, ohne die bisherigen Nachteile der Inflation. Statt der bisherigen Mengen- und Preispolitik ist jetzt eine Mengen- und Stromregulierung in der Geldpolitik möglich. Das bedeutet zum einen, daß der Lebenshaltungskosten-Index konstant gehalten werden, zum anderen, daß der Zins sich frei bilden kann. Er ist nicht länger „ökonomischer Hebel", der aus Gruppeninteresse nicht zu klein werden und schon gar nicht verschwinden darf, sondern die Resultierende aus Angebot und Nachfrage,die so klein werden kann, wie der Markt es zuläßt. Technisch gesprochen stellen wir um vom Thermostaten auf das Thermometer! Wissenschaftlich folgen wir den Vorstellungen von *Wicksell* über den natürlichen Zins, und trennen uns vom manipulierten Marktzins.

Zinssenkungstendenz

Wenn so der natürliche Zins mit steigendem Wohlstand der Volkswirtschaft sinken kann, verliert er seine bereits erwähnte umverteilende Wirkung im Volkseinkommen; (vgl. Kap. 3.5.3)

positive Einflüsse auf die Rentabilitätsgrenze

- bewirken ökonomischen Schub
- machen Umweltschutz bezahlbar

Weiteren Einfluß nimmt die GEHT auf die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals und seine bisherigen Bedingungen (vgl. Kap. 3.5.). Mit Durchhaltekosten verbundenes Geld übt einen Druck auf die Rentabilitätsgrenze aus, weil für belastetes Geld ein Zinsabschlag hingenommen werden muß. Ein Sinken von drei auf ein Prozent würde einen gewaltigen, neuartigen ökonomischen Schub für die Volkswirtschaft bedeuten, ähnlich, wie wir ihn heute hin und wieder in kleinerem Umfang aus dem Bereich der Technik kennen. Je geringer die Zinsforderungen, umso höher die Zahl an Projekten, die unter diesen Bedingungen rentabel werden, und zwar legitim rentabel. Im Umweltschutz könnte eine künstliche Rentabilität von 1 % leicht finanziert werden, und die Zahl der Projekte noch erhöhen.

- beseitigen den Zwang zum Wachstum um jeden Preis

Wenn sich der Zins natürlich entwickeln kann und die Rentabilitätsgrenze gesenkt wird, fällt automatisch der heutige Zwang zum undifferenzierten Wachstum weg.

Was heute nur thetorische Forderung sein kann, wird Möglichkeit: Übergang vom quantitativen zum qualitativen Wachstum.

Die stabilisierende Wirkung der GEHT auf den Geldkreislauf wirkt sich volkswirtschaftlich besonders auf die Endnachfrage aus. Der bereits analysierte Rückgang der Nachfrage um ein Drittel und die Steigerung des Konsums um die Hälfte je nach Konjunkturlage, wird vermieden. Zusätzlich kann man von einer Nachfragebelebung um ein Drittel bis auf das Doppelte ausgehen, wenn thesaurierte Mittel in den Geldkreislauf gehen.

- steigern und stabilisieren die Endnachfrage

Emission 100	**I Boom**	**II Krise**	**III Konstanz**
a Umlauf einschl. Sparen	60 +50% ←	40 → −33%	80 → + 33% → +100%
b Kassenhaltung Thesaurierung	40	60	20

IST-ZUSTAND

→ **SOLL-ZUSTAND** des Modells ←

Darstellung 9 **Von der Instabilität zur Konstanz der Nachfrage**

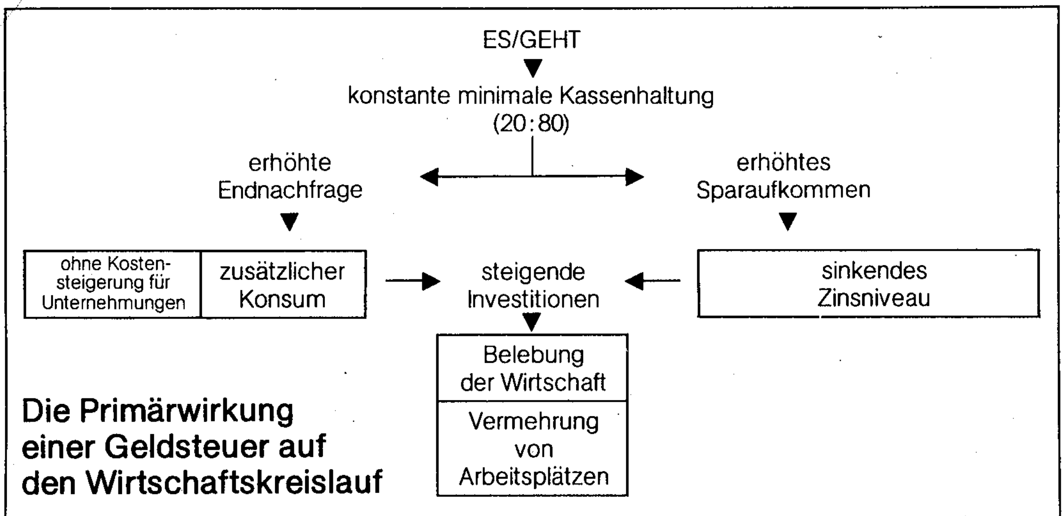
Stabilisierung der Endnachfrage auf einem höheren Niveau ist also das Ergebnis.

Man wird der Wirklichkeit näher kommen, wenn man die Annahme fallen läßt, alle verschatzten Geldmittel würden nur in den Verbrauch fließen. Das ist nach der Analyse des Konsumrückgangs (vgl. Kap. 3.7.) nicht zu erwarten. Wir müssen daher die Möglichkeit des Sparens mit einbeziehen.

Nachfrage-Steigerung als eine Alternative

Verschatzte Geldmittelverstärken das Kapitalangebot

- senken das Zinsniveau
- erleichtern die Investition
- vermehren die Arbeitsplätze



Darstellung 10

Wie man sieht, führen beide Handlungen sowohl zur individuellen Steuervermeidung, als auch zu volkswirtschaftlich erwünschten Wirkungen.

GEHT entlastet den Staatshaushalt

Die GEHT wird nicht nur den Staatshaushalt entlasten, indem sie über ALSO die Sozialverpflichtung des Staates übernimmt, sondern sie wird auch über die Gesundung des volkswirtschaftlichen Organismus dessen Leistungsfähigkeit und bisherige Steuerkraft verbessern.

- und senkt die Umlaufrendite der Staatspapiere
- zu Gunsten der Unternehmensrendite

Die Zinszahlung und Tilgung bei Staatsschulden über Neuverschuldung dürfte damit eine wirtschaftshistorische Einmaligkeit geworden sein. Für den Rentabilitätsbereich bedeutet es eine gewaltige Entlastung, tritt doch die Umlaufrendite der Staatspapiere immer weniger als Konkurrent zur Eigen- und Fremdkapitalrendite in Erscheinung, (vgl. Darst. 1). Durch die heutige Anleihenpraxis des Staates[1] wird die Umlaufrendite künstlich hochgehalten. Sie mindert somit die Zahl aller privatwirtschaftlichen Projekte, die hier nicht mithalten können, daher unterbleiben und Arbeitsmöglichkeiten ungenutzt lassen. Dieser Zusammenhang wird durch GEHT positiv verändert.

- mindert die illegitimen Gelderwerbskünste

Letztlich seien als Nebenwirkungen noch erwähnt, daß sich GEHT günstig auf die Zahlungsmoral, auf Kriminalität und Schwarze Gelder auswirkt. Auch die Schwarzarbeit würde verschwinden.

1) vgl. Europäische Gemeinschaft: Anleihe- u. Darlehnstätigkeit für 1981, Nr. 13 IX / 82

Alle bisher genannten gesamtwirtschaftlichen Wirkungen führen in ein völlig neugeördnetes, marktwirtschaftliches Rahmenkonzept. In einem Vergleich könnte man davon sprechen, daß im Aquarium der Volkswirtschaft ein Filter eingebaut wurde, der den Fischen jetzt wieder eine lebensfördernde Umgebung bietet. Bislang konnten wir ihnen nur das Überlebenstraining beibringen. In einer solchen neuen Lage kann man berechtigterweise annehmen, daß all die Experimente, die im zunehmend lebensfeindlicheren Wasser das Ende beschleunigt hätten, nunmehr verstärkt durchgeführt werden. Hierbei kann man vorwiegend an die Ausführungen unter Kapitel 3.4. über eine veränderte Unternehmensverfassung denken. Wer sich jetzt daran beteiligt, dem dürften die Vorteile so sicher sein, wie ihm die Nachteile drohten, bevor das volkswirtschaftliche Klima gesundete.

Eine Unternehmensverfassung, die auf Mitbeteiligung, Mitverantwortung, Mitbestimmung beruht, dazu noch in übersichtlichen, mittelständischen Größenordnungen arbeitet,wird zunehmend die letzte Entgleisung im Rentabilitätsdenken beseitigen: die Fremdkapitalrendite!

So schwinden zwar auf der einen Seite Privilegien, andererseits wird so der Fortbestand des Aquariums gesichert, in dem auch der Kapitaleigner noch längere Zeit existiert, wenn er sich auch zunehmend mühsamer diejenigen suchen muß, die mit seinem Kapital für ihn arbeiten. Die Eigenkapitalrendite, die sich letztlich aus Restzins und Gewinn zusammensetzen wird, bleibt als marktwirtschaftliche Größe übrig. Aber auch sie wird nach den Regeln des Mitbeteiligungsvertrages aufgeteilt.

Dem Kapitaleigner mag die Sicherheit genügen, daß seine Sparguthaben nicht mehr durch die Inflation gefährdet werden; auf der anderen Seite muß er mit immer geringeren Zinsgutschriften rechnen. Mit der GEHT wird er nur in dem Maße belastet, wie er seine Spargeldforderung in aktuelle Zahlungsmittel umtauscht.

Keynes beschrieb diesen Zustand als den „sanften Tod des Kapitalrentners", der eintrete, weil der Zins in einem Meer von Kapital ertrinke. Nur, das dürfte hier klar geworden sein, „mit *Keynes*' Methoden kann man nicht Keynes' Ziele erreichen."[1]

4.5.3. Betriebswirtschaftliche Auswirkungen

Bessere Rahmenbedingungen
schaffen neue Unternehmensformen

- in übersichtlichen Größenordnungen
- und gerecht verteilter Eigenkapitalrendite

Der Kapitaleigner hat eine lange Anpassungszeit

---

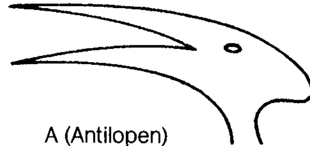
1) E. Dorfner: in ZfSö / mtg 14. Jgg. Nr. 40 / 41 S. 27 ff

5.0. Die wirtschaftstheoretische Einordnung des neuen Konzeptes

5.1. Angebots- oder Nachfrageorientierung?

In amüsanter und einprägsamer Form hat H. Giersch die Unterschiede zwischen den beiden heute vertretenen Theorien der Angebots- bzw. Nachfrageorientierung dargestellt. Er schreibt dazu:[1)]

„Wirtschaftswissenschaftler sind Menschen wie die Vertreter anderer Disziplinen, und Menschen haben nun einmal Zuneigungen und werden von Erfahrungen geprägt. Da wir über die Wirklichkeit nicht alles wissen, müssen und können wir uns immer noch etwas hinzudenken. Dann kommen die Neigungen zum Zuge. Um das zu demonstrieren, habe ich mir erlaubt, ein Schaubild zu verteilen, in dem Sie eine merkwürdige Figur sehen, die so wenig Information enthält, daß man sich einiges hinzudenken muß. Wenn man seinen gedanklichen Standort rechts hat und mit dem Auge nach links blickt, sieht es aus wie ein Vogel. Wenn man dagegen von links nach rechts vorgeht, zeigt sich eine Antilope.



Charakteristika	A (Antilopen)	B (Birds, Vögel)
Hauptsorge	Vollbeschäftigung	Geldwertstabilität
weniger Arbeitslosigkeit durch (mehr) Inflation?	Ja	Nein
Nebensorge	(mehr) Inflation	natürliche Arbeitslosigkeit
Hauptaugenmerk	Nachfrage	Angebot
Forschungsansatz	Makro/Kreislauf	Mikro/Preismechanismus
Urteil über Markt	instabil	stabil
Geldmenge	elastisch	unelastisch
Nachfragesteuerung	Ja	Nein
geldpolitische Zielgröße	MV (nominale Inländer-Ausgaben) Zins	M (Geldmenge)
Fiskalpolitik	antizyklisch	neutral
Steuern	progressiv	proportional
Subventionen	gezielt	als negativer Ast der Einkommensteuer
meritorische Güter	viele	wenige
Staatsverständnis	Sozialstaat	Rechtsstaat
Schutzpatron	Keynes	Smith
Zeithorizont	kurz	lang

Abb. 8) Angebots- und Nachfrageorientierung in der Wirtschaftstheorie

Die beiden Standpunkte – wer den Vergleich mit Antilopen und Vögeln scheut, mag von A und B sprechen – hat es in der Wirtschaftswissenschaft schon immer gegeben.

1) *H. Giersch* in: Bergedorfer Gesprächskreis: Wirtschaftspolitik in der Krise? Protokoll Nr. 72/82 S. 9 f.

Ich will damit demonstrieren, was geschieht, wenn man nur über eine mit geringer Information ausgestattete Sicht der Wirklichkeit verfügt, wie das bei Wirtschaftswissenschaftlern häufig der Fall ist. So gibt es Vögel- und Antilopenseher auch in der Wirtschaftswissenschaft und in der Wirtschaftspolitik. Um die beiden Richtungen zu kennzeichnen, stelle ich einmal die wesentlichen Unterscheidungsmerkmale gegenüber".

Das Problem des Wissenschaftlers

und des Politikers

Man kann die von *Giersch* in Abb. 8 vorgegebenen Charakteristika auch zur schnellen Einordnung der hier vorgetragenen Gedanken verwenden.

Eine **Hauptsorge** als Entscheidung für oder gegen eine der vorgegebenen Ziele gibt es im neuen Konzept nicht. Leicht könnte man die Vollbeschäftigung als Hauptsorge einer arbeitnehmerorientierten Politik ansehen, weil geringer Besitz ohnehin nicht viel Aufmerksamkeit verdient. Ähnlich wäre dann die Geldwertstabilität das vordringlichste Problem „derer, die Geld besitzen".

Vollbeschäftigung gleichrangig mit Geldwertstabilität;

So leicht sollte man sich die Stellungnahme aber nicht machen. Hier wird nur nach dem Ursache-Wirkungsverhältnis geurteilt. Danach ist die Stabilität des gesamten Kalkulations- und Rechenrahmens Grundbedingung für eine Wirtschaft, in der alle produktiven Kräfte in Anspruch genommen werden. Vollbeschäftigung ist dann die Folge. Eins nicht ohne das andere und umgekehrt! Im neuen Konzept gibt es also **zwei Hauptsorgen!**

letztere ist Ursache, Stabilität die Folge!

Der nächste Punkt fällt damit in sich zusammen. Wir erstreben weniger **Arbeitslosigkeit** durch weniger **Inflation,** bzw. durch Wirtschaftsstabilität. *Die* **Nebensorge** einer natürlichen Arbeitslosigkeit wird wohl in einer arbeitsteiligen Wirtschaft nie behoben werden können. Im neuen Konzept also auch nicht.

Das **Hauptaugenmerk** existiert nicht, weil man nicht zwischen zwei gleich wichtigen Bereichen wählen kann. Es wird die Nachfrage nach Gütern und nach – billigerem – Geld angeregt, und es wird das Angebot an Geld über ES GEHT vergrößert und somit verbilligt. Das höhere Angebot an Waren dürfte dann bei nicht ausgelasteten Kapazitäten kurzfristig folgen. Insofern greifen beide Ansätze zangenartig ineinander.

Güternachfrage steigt,
Geld- und Kreditnachfrage ebenfalls

Geldangebot steigt bei sinkenden Preisen

Der **Forschungsansatz** ist zunächst kreislaufbezogen; ohne den mikroökonomischen Bereich und den Preismechanismus würde er aber bald unergiebig. Beides wird daher kombiniert.

Güterangebot folgt!
Arbeitslosigkeit wird zangenartig abgebaut!
Kreislaufbetrachtung und Preismechanismus ergänzen einander.

Der Markt ist mit „stabil" oder „unstabil" nicht genau erfaßt. Im neuen Konzept wird er als

Der Markt hat stabile Rahmenbedingungen, innerhalb derer er sich entfalten kann.

dynamisch über die Marktkräfte angesehen. Allenfalls über die gezogenen Rahmenbedingungen könnte man ihn als stabil bezeichnen. Es gibt für einen Markt nichts Stabileres, als einen geordneten Geldkreislauf!

Die Geldmenge folgt
dem Wirtschaftsgeschehen möglichst eng.

Insofern ist dann auch die **Geldmenge** elastisch. Sie wird den Erfordernissen des Marktes angepaßt, der aus sich heraus die Nachfrage nach Gütern schafft. Eine **Steuerung der Nachfrage** ist somit unnötig.

Die bisherige Mengenpolitik wird durch **Kreislaufsteuerung** ersetzt. Die Preispolitik ist dann inbegriffen.

Die **geldpolitische Zielgröße** ist sowohl die bisherige Mengenpolitik in Feinsteuerung nach dem Index der Lebenshaltungskosten, als auch gleichrangig die Bewegung des Geldstromes. Nur beide zusammen ermöglichen verläßliche Geldpolitik. Ein Bein alleine humpelt immer.

Zins ist das Marktergebnis

Der Zins ist im neuen Konzept eine marktwirtschaftliche Resultante, kein ökonomischer Hebel.

Neutrale Fiskalpolitik

Die **Fiskalpolitik** soll grundsätzlich neutral sein. Konkunktursteuerung fällt in den Bereich der Geld und Währungspolitik.

Steuersystem mit neuen Akzenten

Die **Steuern** dürften im bisherigen Rahmen progressiv, im Rahmen des neuen Konzeptes bei ES GEHT proportional erhoben werden.

Auch **Subventionen** sind primär gezielt einzusetzen. Es sollen vorwiegend Erziehungssubventionen sein.

Meritorische Güter können den Wirtschaftssubjekten so viel zugestanden werden, wie der Markt und die Abgabenopfer an die Gemeinschaft es zulassen.

Ein Rechtsstaat muß aus sich sozial sein,
bei möglichst geringer Belastung
und Umverteilung

Das **Staatsverständnis** eines so begriffenen Rechtsstaates (vgl. Ausführungen über Rentabilität, Zins, Wachstum) umfaßt gleichzeitig seine weitgehende soziale Ausgewogenheit nach dem Leistungsprinzip und dem Prinzip der Sozialverantwortung. Die heute fast vorwiegende Sozialimitation fällt weg.

Den **Zeithorizont** des neuen Konzeptes zu bestimmen, bleibt dem geschätzten Leser überlassen.

Schutzpatron dieses neuen Konzeptes ist nicht ein herausragender Kopf, sondern eine ganze Ahnenkette.

Sie wird im nächsten Punkt behandelt.

Neben dem Vogel- und Antilopenbeispiel möge ein weiteres erlaubt sein:

Angebots- oder Nachfrageorientierung?

Angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik ist dem Streit um die Antriebsart für den volkswirtschaftlichen Karren vergleichbar:

Hinter- oder Vorderradantrieb?

Schon aus Abb. 2 a dürfte sich ergeben, wie weit wir festgefahren sind, und daß für die heutige Lage der Volkswirtschaft herkömmliche Antriebsverfahren nicht mehr ausreichen.

Das neue Konzept verwendet den Allradantrieb, über dessen Vorzüge im Fahrzeugbau Einmütigkeit herrscht.

Wir sollten sie auf die Ökonomie übertragen, und die Kreislaufsteuerung als zusammengefaßte und erweiterte angebots- und nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik betreiben. Man wird sehen: ES GEHT ALSO!

Allradantrieb!

5.2. Der wirtschaftshistorische Hintergrund des neuen Konzepts

Die Ausführungen zum neuen Konzept haben eine lange Historie. Die nachfolgend genannten Quellen bilden nun aber nicht etwa eine ineinandergreifende Kette, sondern sie sind eher den Olympischen Ringen vergleichbar. Eine Ellipse um dieses Zeichen könnte das humanistische Prinzip symbolisieren, das alle Quellen eint.

Eine weitere Gemeinsamkeit ist allen Quellen eigen: Sie haben nur selten zur herrschenden Lehrmeinung gezählt. In einem Nullsummen-Spiel wird der Gewinner nie an einer Änderung der Regeln und Zustände interessiert sein. Das, so könnte man meinen, ist er auch heute nicht! Dennoch: **Das Spiel ist nur solange von Interesse, wie mindestens eine Partei gewinnt.** Die Entwicklung in der Wirklichkeit zeigt aber alle Anzeichen, daß zukünftig jeder verliert. Nur ein Tor kann annehmen, daß bisherigen Methoden den Trend in Abb. 2 a umkehren könnten. Zusätzlich müssen wir heute besorgt sein, die bei fehlendem oder geringem Wachstum aus dem Zinseffekt sich ergebenden Umverteilungswirkungen zu mindern, kurz: Die Ausweglosigkeit der Lage mag die Hoffnung nähren, bislang unorthodoxe Theorien mit in die Überlegung einzubeziehen.

Diese Theorien gehen zurück auf die iustitia commutativa bei *Thomas von Aquin*, sie leben wieder auf im Gedanken des Mutualismus bei *Proudhon*, der Tauschgerechtigkeit bei *Gesell* und der Harmonie der Sozialen Organismus bei *Steiner*. Die Arbeiten von *I. Fisher* und *J. M. Keynes* sind hier ebenfalls zu erwähnen. Die marktwirtschaftlichen Vorstellungen von *Röpke, Eukken, von Stackelberg* und *Erhard* sind nur unter den obigen Voraussetzungen konfliktfrei zu verwirklichen.

Die speziellen Vorstellungen des geschlossenen Geldkreislaufs gehen zurück auf *Boisguillbert*, *Gesell* und die Aktualisierung durch *Walker* und *Hoffmann*, dem Fachmann bekannt als konsequenter Monetarismus. Das *Gresham*'sche Gesetz ist der ökonomische Hebel, mit dem man Geld zu dem macht, was es sein soll: „a good servant"! Heute erleben wir es als „bad master". Bezüglich der praktischen Erfahrungen

mit umlaufgesichertem Geld kann verwiesen werden auf das Geld der Hanse (Brakteaten); sie waren die Initialzündung für die Kulturblüte des Hochmittelalters. Der „Ewige Pfennig" machte ihr ein Ende! Die heutige Währung ist sein Urenkel!

Der Freigeldversuch von Wörgl/Tirol und die Stamp Scrips in den USA sind weitere Nachweise für die Durchführbarkeit und Wirksamkeit des neuen Konzepts.

Sein absolut marktwirtschaftlicher Charakter kann nicht genug betont werden. Hinsichtlich der Terminologie ist dabei die Abgrenzung zum parasitären Kapitalismus zu beachten.

„Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln." ***(Ludwig Erhard)***

6.0. Fragen und Erläuterungen

1. In der Darstellung 8 sinken die zukünftigen Aufwendungen des Einkommens-Empfängers fast im gleichen Maß, wie seine Vorteile steigen. Außerdem sind sie geringer als heute. Ist das nicht widersinnig?
Dies gilt für die Wahlmöglichkeiten IV und V.

Der Grund liegt darin, daß z. B. die Sozialversicherungsbeiträge heute nur von der Erwerbsbevölkerung aufgebracht werden, wohingegen sie im Modell von der Gesamtheit der Zahlungsmittelbesitzer stammen. Eine steigende Zahl von Schuldnern senkt die Einzelbelastung.

●

2. Wenn jetzt auch die Minderbemittelten besteuert werden, ist das nicht unsozial und sollte man sie nicht von GEHT ausnehmen, zumal sie sich sonst über ALSO selbst mitbezahlen?

Eine Durchbrechung des Prinzips ist nicht möglich. Inwieweit man bei der Unterstützungshöhe die GEHT aufschlägt, mag dahingestellt bleiben.

●

3. Das Verfahren ist äußerst umständlich und für die Menschen unzumutbar. Sie werden sich nicht daran gewöhnen.

Zur Gewöhnung sei daran erinnert, daß sich keiner vor dreißig Jahren vorstellen konnte, man werde dereinst lange nach einem Parkplatz in der Innenstadt suchen müssen. Als utopisch hätte man die Vorstellung abgetan, einen gefundenen Parkplatz auch noch mieten zu müssen. All diese Dinge und sogar noch Politessen sind heute Wirklichkeit. Wir betrachten sie als Preis für die Ordnung und für das verhinderte Chaos.

Im Prinzip können keine Abstriche zugelassen werden, ohne seine Wirkungen zu verfälschen. Die Ausgestaltung des Prinzips ist jedoch nicht starr und über neue Vorschläge zu verbessern.

Im übrigen werden verhältnismäßig geringe individuelle Mühen durch die gesamtwirtschaftlichen Wirkungen mehr als wettgemacht. Arbeitslos zu sein und in einem gefährdeten Gemeinwesen zu leben, ist auch nicht unproblematisch.

●

4. Die Menschen werden die Maßnahmen umgehen, indem vor dem Monatsletzten Umbuchungen in großem Stil vorgenommen werden, z. B. werden Banknoten auf Sparkonten zeitweilig deponiert, Sichteinlagen in 6-Monats-Gelder umgewandelt, Inlandsgeld in Auslandswährung umgetauscht.

Diese Handlungen wird man zu unterbinden suchen. Bspw. kann eine Bank in solchen Aufträgen keinen Vorteil sehen, weil sie selbst über den Steuertermin M 1-Besitzer und Steuerobjekt wird. Auch Spargelder müssen ja untergebracht werden, belasten also die Bank, solange sie dort deponiert sind. Ähnlich wie in der These 4 könnte man bei Parkgebühren argumentieren: „Man wird die Gebühr umgehen und auswärts parken. Den Rest des Weges geht man zu Fuß." Die Erfahrung zeigt, daß dies genau nicht der Fall ist. Bequemlichkeit wird gerne bezahlt. So wird man auch bei den Umbuchungsstrategien nicht kosten- und mühelos davonkommen. Gebühren und Formulare werden viele veranlassen, die Belastung zu tragen.

Auslandsguthaben müssen in fremde Währung umgetauscht werden. Den verkauften „Schwarzen Peter" wird man dem Käufer im Kurs honorieren müssen, sodaß auch diese Maßnahme unzweckmäßig wird.

DM-Konten im Ausland sind nur denkbar unter Mithilfe des eigenen Banksystems. Methoden, die eindeutig Hinterziehungscharakter haben, sind abzuschaffen.

●

5. Das Sinken der Zinsen ist nicht anzunehmen. Wollte sie es, könnte die Bundesbank dies leicht erreichen. Insofern stimmt eine wichtige Schlußfolgerung nicht.

Wenn der Zinsmechanismus erwähnt wird, liegt ein wichtiger Dissens vor. Heute ist der Zins als ökonomischer Hebel ein Steuerungsinstrument. Insofern ist die obige Aussage z. T. richtig. Im neuen Konzept ist der Zins aber Resultante aus Angebot und Nachfrage. Wenn ES GEHT Kaufkraft in die langfristige Anlage zwingt, steigt das Kapitalangebot zwangsläufig, es sei denn, man sei bereit, die Geldsteuer zu entrichten. Eine dann folgende Zinssenkung ist von der Bundesbankpolitik unabhängig, gesunder und stabiler. Heute brauchen wir die Zinspolitik, weil wir neben der Mengenpolitik und der Inflation nur diese Methoden kennen, den Geldkreislauf zu steuern. Im neuen Konzept werden Umlaufsicherung über GEHT und Mengensteuerung über den Lebenshaltungskosten-Index besser greifen

und den Wirtschaftsorganismus nicht mehr über Inflation und Zinspolitik schädigen.

●

6. Wird man bei der GEHT nicht auf Buchgeld übergehen, und wird man bei der ES nicht Scheck- und Kreditkarten, evtl. sogar fremde Währungen als Zahlungsmittel verwenden, die geplanten Maßnahmen somit also umgehen?

Banknoten verdanken ihr Dasein dem Druckauftrag der Deutschen Bundesbank. Sie werden im neuen Konzept über GEHT erfaßt. Die Wirtschaft schafft sich ihr eigenes Geld in Form von Sichteinlagen oder Buchgeld. Es wird – je nach politischer Entscheidung – über die Einlagensteuer (ES) erfaßt. Scheckzahlungen sind Verfügungen über Buchgeld, somit keine Ausweichhandlungen. Das Wachsen der Sichteinlagen geht im Gleichschritt mit dem Wachsen des Handelsvolumens vor sich. Inflationsgefahr besteht daher nicht. Wohl müssen wir Schwankungen entsprechend dem Wirtschaftsverlauf rechnen.

Kreditkarten sind heute Verfahren, die Bequemlichkeit im Zahlungsverkehr ermöglichen. Im neuen Konzept sind sie bis zum Beweis des Gegenteils Methoden zur Steuerhinterziehung.

Fremde Währung ist in Deutschland kein gesetzliches Zahlungsmittel.

●

7. Etwa versickernde Geldbeträge werden heute von der Bundesbank durch Emission wieder aufgefüllt. Umgekehrt müßte sie die Geldversorgung entsprechend vermindern, wenn über ES GEHT weniger Geld benötigt würde, weil sein Auslastungsgrad steigt. Im neuen Konzept beabsichtigte Wirkungen träten somit nicht ein.

Zum Auffüllen wäre zu sagen, daß mit Neu-Emission ja das bisherige versickerte Geld seine Kaufkraft nicht verliert, und jetzt ein überhöhtes Kaufkraftpotential aufgebaut wird, von dem niemand weiß, wann es aktiv wird. Auch ist nicht sicher, ob das neu in Umlauf gesetzte Geld nicht den alten Beständen in die Horte folgt.

Die Verminderung der Geldseite kann nur vertreten werden, wenn man unzulässigerweise die Geldseite isoliert betrachtet. Ein höherer Auslastungsgrad des Geldes würde zwangsläufig zu einer Steigerung des Sozialprodukts führen, weil wir kaum Geldbewegungen kennen, denen nicht eine Leistung entspricht. Somit blieben Geld- und Handelsvolumen im Gleichgewicht und die Stabilität des Preisniveaus könnte gehalten werden. Verminderung der Geldmenge hätte dagegen deflatorische Wirkungen, die den gewonnenen Wirtschaftserfolg wieder strangulieren müßten.

●

8. Wenn man keine Zahlungsmittel mehr horten kann, wird man das dann nicht mit Gold oder Grundstücken tun?

Goldhorte sind geldpolitisch so nebensächlich wie die Bestände in alten Weinkellern, solange wir keine Goldwährung haben. Grundstücke werden auch heute bereits als Geldanlagemittel betrachtet. Die auf diese Weise entstehenden nachteiligen gesellschaftlichen Folgen muß die Wohnungspolitik bekämpfen, nicht die Geldpolitik.

●

9. Wenn das neue Konzept den Zins drückt, woran gewinnen denn die Banken?

Sie gewinnen heute nicht am Zins, sondern an der Zinsspanne. Bereits der Bundesverband Deutscher Banken hat eine Umstellung auf das Gebührensystem angeregt.

●

10. In der Literatur gibt es unterschiedliche Methoden, die Beständigkeit des Geldkreislaufs zu gewährleisten. Die hier zu Grunde gelegte Stempelsteuer ist sicher nicht die eleganteste.

Beides mag stimmen. Beides wird aber im neuen Konzept auch von der Absicht bestimmt, ein Mittelaufkommen zu erzielen und zweckgerichtet verwenden zu können (ALSO/Ersatz f. MWSt). Soweit diese Absicht mit eleganteren Methoden erreicht werden kann, ist nichts dagegen einzuwenden.

●

11. In der Wirtschaftsgeschichte hat es im Hochmittelalter die Brakteaten als Zahlungsmittel gegeben, bezieht sich das neue Konzept darauf?

Im Prinzip besteht Gemeinsamkeit. Das neue Konzept ist in der Ausgestaltung umfangreicher und schwieriger, entsprechend den heutigen Gegebenheiten. Man kann allerdings hoffen, daß die Kulturblüte des Mittelalters, die auf die Brakteaten zurückgeführt wird, sich mit ES GEHT ALSO wieder einstellt. Selbst für kleine Erfolge wären wir ja schon dankbar.

●

12. Wo kann man über das hier vertretene neue Konzept Gesprächspartner und Literatur finden?

●

Der Autor und die Sozialwissenschaftliche Gesellschaft e. V. 1950 Hamburg sind in dieser Frage gern behilflich.